

**PREISRÄTSEL**  
Gewinn:  
Ein Kursgutschein  
Wert 100DM  
vom Haus der Familie

# SPERRE

Münsters Zeitschrift für Menschen mit und ohne Arbeit



**Die ganze Woche**

*Samstags  
gehört  
mit* **Vatti**

# 1. MAI

Menschen ohne Arbeit  
1956: 0,9 Millionen  
1999: 4,3 Millionen





## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

**J**etzt ist er also weg, der „Buhmann“ Lafontaine. Aber war sein Rücktritt freiwillig? Interessant ist hier die Meinung von Daniel Goeudevert, ausgestiegener Industrie-Manager und ehemaliges Mitglied im VW-Vorstand. Er ist der Überzeugung, daß Oskar Lafontaine von der Wirtschaft rausgeschmissen wurde. Zu sehr habe Lafontaine die Wirtschaft an ihre soziale Verantwortung gemahnt.

Leute zu entlassen, damit es an der Börse brummt, und dem Staat die Arbeitslosen zu überlassen, ist ja auch wirklich kein Zeichen für ein soziales Gewissen. Und da nach Goeudeverts Meinung nicht die Politik die Wirtschaft beherrscht, sondern umgekehrt: die Wirtschaft die Politik, war es nicht schwer, den vermeintlich gefährlichsten Kritiker loszuwerden. Dazu bedurfte es dann nur noch einer entsprechenden Medienkampagne.

Die **Bild-Zeitung** macht das schon. Mit freundlicher Unterstützung aus dem Bundeskanzleramt (?) hat sie in ihrem unermüdlichen Einsatz für die kleinen Leute (Motto: „Mit mir nicht!“) den Rücktritt ihres „Buhmanns“ eingeleitet. Wer erinnert sich nicht an die „erschütternden“ Schlagzeilen über Lafontaines Ehefrau? Zitat: „Wird Deutschland jetzt von einer Frau regiert?“

Die Börse ist dann auch regelrecht explodiert, als Lafontaine seinen kompletten Rückzug mitteilen ließ. Die Aktien gingen steil nach oben, und alle freuten sich, mit einer Ausnahme: Aktien des Einzelhandels und des privaten Konsums gingen runter. Soll wohl soviel hei-

ßen, daß die Börse davon ausgeht, der Durchschnittsverdiener wird in Zukunft weniger Geld in der Tasche haben.

Für die Opposition scheinbar ein Grund zum Feiern. Und sie hat auch gleich die Lösung parat – nämlich ihre gescheiterten Rezepte, die in 16 Jahren Regierung zu Rekord-Staatsverschuldung und zu Rekord-Arbeitslosigkeit geführt haben. Gepaart mit sozialer Ungerechtigkeit.

Da muß erst das Bundesverfassungsgericht einschreiten, um der heutigen Opposition Verfehlungen in der Familienpolitik ins Stammbuch zu schreiben. Zwanzig Milliarden Mark müssen jetzt zusätzlich für die Familien aufgebracht werden. Und was macht die Opposition? Sie lehnt sich genüßlich zurück. Nach dem Motto: „Wir haben wohl den Mist gebaut, aber stinken tut jetzt ihr!“

Wie geht's jetzt weiter?

Durch den kompletten Rückzug von Oskar Lafontaine kommt Gerhard Schröder erstmals in die Situation, die gesamte SPD vertreten zu müssen. Dies kann auch eine Chance sein für die neue Regierung, insbesondere für den kleinen Koalitionspartner.

Doch wenn Gewerkschaften weiter Lohnrunden fahren, statt Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit und Einkommen zum Thema zu machen, dann kann es nur heißen: Arbeitslose helft euch selbst, und verschafft euch Gehör!

Und dafür sind wir da, wir von **Arbeitslose brauchen Medien**.

Norbert Attermeyer



**Süddeutsche Zeitung**

**Täglich!**

**Wirkt ungemein**

**belebend.**

- SEITE
- 6 **Chefsache**  
Fahrplan ohne feste Zeiten  
Bündnis für Arbeit etc. aufgedrösel
  - 7 **Titel**  
110 Jahre Weltfeiertag der Arbeit  
1. Mai 1999 – alles andere als feierlich
  - 8 **Titel-Interview – Auf der Sperre-Couch**  
„Mehr Sensibilität für Arbeitslose entwickeln“  
DGB-Gesamtbetriebsratsvize Heiner Schäffer zum 1. Mai
  - 12 **Sperre aktiv**  
Podium mit AbM: Mitbestimmung und Arbeitsmarktpolitik in der EU /  
Plakate gegen Arbeitslosigkeit – Auf Wiedersehen, Münster /  
Sperre-Designfeeling / Praktikanten der Sperre / Arbeitskreis Markt
  - 14 **Fun at Work – Schnupperseite für junge Leute**  
Das Fachwerk Gievenbeck  
Stadtteilhaus für jedes Alter
  - 15 **Poormet – Lecker kochen auf Sparflamme**  
Abstecher zum Hochgenuß  
Die Schlemmerstange Spargel
  - 16 **Mietertip**  
Wie Mieter selbst Vermieter werden  
Untervermietung setzt berechtigtes Interesse voraus
  - 18 **Einspruch – stattgegeben: Recht, Urteile**  
Anwalttip: Arbeitslosengeld für Tagesmütter  
Ideelle Tätigkeit kein Hindernis
  - 20 **Service**  
Neue Regeln für die 630-Mark-Jobs  
Überblick für geringfügig Beschäftigte
  - 22 **Renten-Rat**  
630-Mark-Jobs in der Rentenversicherung  
Neue Abgaben und Leistungen seit April
  - 23 **Debatte**  
Bomben für den Frieden?  
Der Krieg im Kosovo
  - 24 **Kinder, Kinder**  
Erziehungszeit, Erwerbslosigkeit und Wiedereinstieg  
„Arbeitsurlaub“ für den Nachwuchs
  - 25 **Frauen**  
Neuregelung bei 630-Mark-Jobs auch frauenfeindlich
  - 26 **Eins-A-Bündnis**  
Aktionen und Informationen
  - 27 **Kampagne**  
Gruppen mobilisieren zum „Gipfel stürmen“  
EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln
  - 28 **Initiative**  
Horizonte: Umweltprojekte gegen Arbeitslosigkeit  
Ennigerlohs Beschäftigungs- und Integrationsinitiative
  - 30 **AusländerInnen**  
Initiative will Medizinische Flüchtlingshilfe gründen
  - 32 **Münster-Pass**  
Das Haus der Familie unterstützt den „Vorläufigen“ Münster-Pass
  - 34 **Buchtipp**  
Gigantisches Täuschungsmanöver  
Der andere Ratgeber: Romanhelden auf Stellensuche
  
  - 3 **Impressum**
  - 4 **LeserInnenbriefe**
  - 5 **Sponsoren**
  - 21 **Sperre-Shop**
  - 33 **Preisrätsel**

IMPRESSUM

Herausgeber:  
Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e. V.  
Achtermannstr. 7, 48143 Münster  
Telefon: (0251) 51 11 21  
Telefax: (0251) 4 79 14  
E-Mail [sperre@muenster.org](mailto:sperre@muenster.org)  
[abm@muenster.de](mailto:abm@muenster.de)

Redaktion:  
Dirk Nothnagel (nod; V.i.S.d.P.); Norbert  
Attermeyer (noa), Arnold Voskamp (avo),  
Ulrich Wieners (ul)

Mitarbeit:  
Monika Bußmann, Maria Hamers (ham),  
Anne Neugebauer, Hans Kruse, Christa  
Strickmann, Nicola Terhoeven, Ralf Tieck,  
Elisabeth Trebitz

Design:  
Ralf Vassholz  
Layout, Satz:  
Ralf Vassholz; Dirk Nothnagel  
Titelbildgestaltung:  
Ralf Vassholz, unter Verwendung eines  
DGB-Posters von 1956

Fotos:  
Dirk Nothnagel; Harry Seemann  
Fotolabor:  
Dirk Nothnagel  
Internetausgabe:  
Michael Kolberg, Dirk Nothnagel

Anzeigen, Spenden:  
Christa Strickmann, Maria Hamers  
Produktionsberatung: Navigator Atelier-  
gemeinschaft Ulrich Ruhe

Druck: Klingenfuß  
Auflage: 10 000  
Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis/  
als Förderabonnement, s. S. 33

Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im  
Innenstadtgebiet Münsters (neue Interessent-  
innen bitte beim Herausgeber anfragen), in  
mehreren Stadtteilen Briefkastenverteilung  
Bankverbindung/Spendenkonto:  
Bank für Gemeinwirtschaft BfG Münster  
– BLZ 400 101 11 –, Kto. 1021213400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder.

Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge  
liegt bei den Autorinnen und Autoren.  
Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser  
Nachdruck, bedarf der Genehmigung.  
Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen  
uns über jede Zuschrift, anonyme veröffentli-  
chen wir nicht. Das Recht zu kürzen behalten  
wir uns vor.

Nächste Ausgabe: Ende Juni 1999  
Redaktionsschluß: 2. Juni 1999  
Anzeigenredaktionsschluß: 11. Juni 1999



## Typologie der Arbeitsmärkte – Alle müssen geförderte Stellen mitfinanzieren

### Zu „Zweiter Arbeitsmarkt ... ein Muß“, Sperre 1/99

Sehr geehrter Herr Vinnenberg! Sie fordern eine dauerhafte Installation eines zweiten Arbeitsmarktes, der, wie Sie meinen, das Individuum psychisch und finanziell stabilisiert und damit Gleiches für die Gesellschaft leistet. Als Mitglied des Bündnisses gegen Sozialabbau möchte ich Ihre Forderung voll und ganz unterstützen! Den Arbeitsmarkt (AM) oder besser die vielen Arbeitsmärkte in Deutschland möchte ich differenzierter betrachten:

**1. AM:** Beamte oder Personenkreis, deren Erwerbstätigkeit bis zum Erreichen der Altersgrenze abgesichert ist, Selbständige und hochdotierte Angestellte, die selbst bei Konkurs bzw. Entlassung durch finanzielle Rücklagen und/oder Abfindungen zumindest finanziell abgesichert sind. Bestes Beispiel: entlassener BMW-Vorstandler Pischetsrieder – etwa 15 Millionen DM Abfindung.

**2. AM:** Angestellte und Arbeiter des Öffentlichen Dienstes: mittlerweile keine Garantie mehr für dauerhafte Erwerbstätigkeit. Zunehmende Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Institutionen, wie Bundespost zu Post AG und Telekom, Landschaftsverbände zu , führt zu massivem Stellenabbau.

**3. AM:** Angestellte und Arbeiter, deren Arbeitskraft zunehmend bedroht und/oder überflüssig wird, hervorgehoben durch Globalisierung, (inter)ationale Fusionen, Modernisierung des Maschinenparks und der Betriebsstätte (auch EDV, Internet, Call-Center) usw.

**4. AM:** Selbständige, die aufgrund mangelnder Qualifizierung, steigenden Konkurrenzkampfes (auch durch Globalisierung), zu hoher Steuern und (Sozial)Abgaben und Überschuldung durch sich nicht amortisierende Investitionen ständige Existenznöte aufweisen.

**5. AM:** Angestellte, Arbeiter und Selbständige in Branchen, die nur durch fast 100%ige öffentliche Subventionen überleben können (Mogel-ABM) wie Bergbau und Landwirtschaft.

**6. AM:** Personenkreis, der befristet in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, „Arbeit statt Sozialhilfe“-Stellen, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaß-

nahmen und anderen durch das Arbeitsamt geförderten Konstrukten erwerbstätig gehalten wird.

**7. AM:** In „beschützenden Werkstätten“ und ähnlichen Einrichtungen beschäftigter Personenkreis, dessen Arbeitsplätze zunehmend durch Kürzungen in öffentlichen Sozialerträgen bedroht sind.

**8. AM:** Der Personenkreis, der sich durch eine oder mehrere Aushilfsbeschäftigungen (sogenannte 630-DM-Jobs) und/oder Schwarzarbeit über Wasser hält.

Die genannte Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist in ihrer Zuordnung variabel. Eindeutig zu benennen sind jedoch die drei Bereiche: sichere Arbeitsplätze, unsichere Arbeitsplätze, öffentlich geförderte Arbeitsplätze. In Zukunft wird es weiterhin weniger sichere Arbeitsplätze geben und die unsicheren Arbeitsplätze in Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen sowie vergleichbaren Institutionen wie zum Beispiel Versicherungen werden mehr bzw. dort werden vermehrt Stellen abgebaut.

Heute haben wir in Deutschland offiziell 4,3 Mio. Arbeitslose, nochmal die gleiche Personenzahl befindet sich in öffentlich geförderten Maßnahmen bzw. wird der „stillen Reserve“ zugerechnet. 9 Mio. Mitbürgerinnen und Mitbürger – täglich wird sich diese Zahl erhöhen. Die Globalisierung des Marktes und die Modernisierung der Produktionsstätten im In- wie Ausland wird sich fortsetzen und zu weiterem Stellenabbau bei uns führen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird dies nicht wettmachen können.

Die Hoffnung auf den Dienstleistungssektor als Arbeitsplatzmotor ist schon jetzt überholt. Im Gegenteil: Dienstleister wie Versicherungen und der Einzelhandel beteiligen sich rege am Personalabbau. Tatsächlich ist es

so, daß Wirtschaft und öffentlicher Dienst ihre Aufgaben mit immer weniger Personal erledigen können und wollen.

Eine positive Veränderung dieser Situation wird auf „normalem“ Wege nicht eintreten. Der „nicht normale“ Weg, von Herrn Vinnenberg wie von mir vorgeschlagen, ist der Ausbau des sogenannten 2. AM. Über Steuern und Abgaben alternativer Art müssen erheblich mehr öffentlich geförderte Dauerarbeitsplätze entstehen. So wie der Bergbau kann ebenso der Naturschutz gefördert werden. Auch Sozial- und Gesundheitsdienst bieten ein enormes Reservoir an nicht gestellten Arbeitsplätzen. Zur Finanzierung dieser Arbeitsplätze ist ausnahmslos jeder Mitbürger und jeder Betrieb (Daimler/Crysler zahlt keine Steuern!) verpflichtet. Warum wird nicht ernsthaft nachgedacht über die „Tobin-Steuer“ (benannt nach dem Nobelpreisträger für Ökonomie James Tobin), die die allgemeine Besteuerung von Finanztransaktionen („Börsensteuer“) vorsieht? Warum wird die Vermögensteuer auf Privatvermögen nicht wieder eingeführt? Es gibt genügend hervorragende Wissenschaftler, die Modelle zur Finanzierung von öffentlich geförderten Arbeitsplätzen vorgestellt haben. Sie werden wahrscheinlich genauso wie Herr Vinnenberg und ich als Spinner und Sozialneider disqualifiziert. Statt dessen verlassen sich die Politiker fast aller im Bundestag vertretenen Parteien auf die Kraft der Wirtschaft – diese Spinner.

Fortsetzung folgt

Maria Vendredi

Mitglied des münsterischen Bündnisses gegen Sozialabbau

\* In Deutschland wurde 1993 die Börsenumsatzsteuer abgeschafft.  
Die Red.

### AbM & Sperre e.V. sucht:

Freien Mitarbeiter auf Provisionsbasis für den Bereich

### Anzeigenaquise

Kontakt: AbM e.V. Tel: 02 51-5 11 21 Achtermannstr. 7 48143 Münster

## Nebenbeschäftigte Selbständige

Nach dem Beschluß der rot-grünen Koalition über die Neuregelung des Gesetzes über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (630-Mark-Jobs) wurde von der Firma Raab Karcher ein Stellenangebot in der „Westfälischen Rundschau“ aufgegeben. Vor der angedrohten Neuregelung wurden Heizröhrchen-Ableser auf 620/630-Mark-Basis auf die Menschheit losgelassen; nunmehr werden Nebenbeschäftigten auf Selbständigen-Basis angeboten. Als besonders perfide empfinde ich den Hinweis der Firma, daß Interessenten idealerweise im Schichtdienst „richtig Geld“ verdienen.

Meine Frage ist nun: Sind solche Stellenangebote das Ergebnis des veränderten 630-Mark-Gesetzes? So wird das, was die Politiker eigentlich wollen, konterkariert, oder?

Im übrigen, diese Art der Beschäftigung (630-Mark-Job), seinerzeit von Arbeitsminister Blüm eingeführt und nur ein Aspekt der Verschlechterung der Arbeitnehmerposition, gibt es in dieser Form meines Wissens weltweit nicht noch einmal. In Ländern, die dieses Konzept erprobten, ist es sehr schnell wieder abgeschafft worden. Warum nicht in Deutschland? Wolfgang J. Leyer  
Rheine

## Fortschritt im Netz

Über die Forderung nach Verwirklichung der sozialen Utopie, also Individualrechte, Einkommensgerechtigkeit, Aufklärung und mehr kann man auf der Homepage der Fortschrittsinitiative lesen: [www.muenster.de/homepages/pnv.html](http://www.muenster.de/homepages/pnv.html).  
Helmut Poppenborg  
Münster

## SPONSOREN

Haus der Familie Münster e. V. – Katholische Familienbildungsstätte –, Krummer Timpen 42, 48143 Münster  
Mathes Möller  
Münster

Zeitungenmachen ist teuer – deshalb freuen wir uns über jede Unterstützung.

Ab einer Spende in Höhe von 20 DM wird der/die Spender/in namentlich in der nächsten Ausgabe der Sperrre genannt.

Spenden für die Sperrre an ihren Träger Arbeitslose brauchen Medien e. V. sind steuerabzugsfähig. Ihre Spendenquittung kommt postwendend.

Über Förderabonnements informieren Sie gerne unsere Mitarbeiter/innen (s. Impressum, S. 3)

## Vorgestellt: MEGAPHON Die Erwerbslosengruppe beim Arbeitslosenzentrum Wuppertal

### Wir wollen ...

... Probleme der Massenarbeitslosigkeit öffentlichkeitswirksam darstellen.

... der sozialen Isolierung und Verinselung Erwerbsloser entgegenwirken.

... die Kommunikation zwischen Erwerbslosen und Arbeitnehmern fördern.

... den Gedankenaustausch zwischen allen an einer Überwindung der Massenarbeitslosigkeit Interessierten fördern.

... uns theoretisch mit den sozialen und ökonomisch/politischen Problemen der postindustriellen Gesellschaft auseinandersetzen.

... Verbindungen zu Erwerbslosengruppen außerhalb Wuppertals aufbauen und pflegen.

... Erwerbslosen im Arbeitslosenzentrum Informationen und Veröffentlichungen zum Thema Massenarbeitslosigkeit zugänglich machen.

Wir treffen uns regelmäßig im Arbeitslosenzentrum, Steinbeck 24 in 42119 Wuppertal. Weitere Infos unter Telefon: (02 02) 2 42 22 08, Fax 42 20 56 (bitte mehrmals versuchen).

Über Megaphon sind Infoblätter zu diesen Themen erhältlich:

- Das Verschwinden der Arbeit ...
- Existenzgeld – ein Entwurf
- Kommunales Bündnis für Arbeit
- Kombilohn
- MAI – die geplante Weltherrschaft der Konzerne
- „Schlanker Staat“ und Deregulierung.

**NAVIGATOR**  
Ateliergemeinschaft

**Guido Potrafke**  
+  
**Ulrich Ruhe**

Hafenweg 15  
im Phönix  
48155 Münster

Telefon  
02 51 / 6 09 59 30/-36

Telefax  
02 51 / 6 09 59 35

ISDN (Leonardo)  
02 51 / 6 09 59 38

WERBUNG  
PRODUKTION  
BERATUNG

## NRW-Forum

„Erneuerung braucht Perspektive“  
Sa., 8. Mai 1999, 10–18 Uhr, HBV-  
Hauptverwaltung, Kanzlerstr. 8, Düsseldorf



Anmeldung nicht erforderlich. Informationen: Klaus H. Jann, Landeskoordination Erfurter Erklärung  
Tel. (0 20 58) 36 51.

### Programm:

**10 Uhr:** Begrüßung, Eckart Löser, DGB Kreisvorsitzender Mülheim-Essen-Oberhausen

**11.00 Uhr:** Frieden schaffen ohne Waffen

**11.00–11.45 Uhr:** Der europäische Beschäftigungspakt

**12.00–14.00 Uhr Arbeitsgruppen zu**

- Energiewende und Atomausstieg,
- Arbeitslosigkeit bekämpfen, aber wie?
- Steuerreform und Umverteilung,
- Gleiche Rechte für MigrantInnen

**15.00–18.00 Uhr:** Rot-Grün ist dran, was ist mit einer neuen Politik?

Erneuerung braucht Perspektive – Düsseldorf Ermutigung (Schlußerklärung)

Der spektakuläre Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister und SPD-Vorsitzender markiert einen tiefen Einschnitt für die rot-grüne Politik im Bund. Gerät der versprochene Politikwechsel jetzt völlig ins Stocken? Rückt die nette Regierung jetzt mehr in die politische Mitte? Gewinnen die Interessen von Unternehmen und Vermögenden endgültig die Oberhand? Und werden die ersten zaghaften Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit, für nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, für eine verbesserte Integration von ImmigrantInnen und für ökologische Erneuerung jetzt zurückgedreht? Kurzum: kommt jetzt der Verzicht auf sozial-ökologische Reformen im Namen der „Neuen Mitte“?

Wir wollen emanzipatorische Konzepte zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme diskutieren, Handlungsperspektiven erörtern und die Reformkräfte stärken.

## Bündnis für Arbeit: Gruppierte Partnersuche Fahrplan ohne feste Zeiten

**Ein Wortungetüm fristet weithin unbemerkt sein Dasein im Schatten europa- und weltpolitischer Turbulenzen, und selbst in der Innenpolitik scheint es in der Schlange der mal so, mal so auf Antrieb nicht unbedingt geglückten Reformgesetze einen hinteren Rang abonniert zu haben: Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit.**

Die letzten Zahlen aus Nürnberg unterstreichen erneut, welchem Erfolgsdruck dieses weitgefaßte Bündnis ausgesetzt ist. Zwar soll zum Jahresende eine Arbeitslosenzahl unter 4 Millionen kommen – doch Zweifel nährt bereits die interne Studie der Bundesanstalt für Arbeit, nach der die Beschäftigtenzahl unter 34 Millionen sinkt. Und da war man noch von einem Wirtschaftswachstum von 2 Prozent ausgegangen, inzwischen nähern sich die Prognosen den 1,5 Prozent.

### Willenssache

Als internen Willensbildungsprozeß charakterisiert das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung das, was Spezialisten auf der „unteren“ Ebene aushandeln. Und das in diesen Arbeitsgruppen:

– Aus- und Weiterbildung, – Steuerpolitik, – Lebensarbeitszeit, – Rentenreform und Arbeitslosenversicherung, – Kranken- und Pflegeversicherungsreform, – Arbeitszeitpolitik und – Aufbau Ost. Daneben gibt es die Expertengruppe Entlassungsabfindungen sowie Fach- und Themendialoge. Über sie alle „wacht“ die Steuerungsgruppe, u. a. mit Münsters Bundestagsabgeordnetem Wolf-Michael Catenhusen (SPD), selbst wieder unter Regie von Kanzleramtsminister Bodo Hombach. Bündnis ist erklärte Chefsache.

### Bekanntmachung

Empfehlungen und Vorschläge der Gremien werden in Spitzengespräche eingebracht (nächster Termin im Juni, Datum bis zur Drucklegung nicht bekannt). Dann dürfte bereits alles gelaufen sein, wie es mit der Konsensbildung im Vorfeld halt so läuft. Immerhin, das Aufklärungsbedürfnis im Volke wird so hoch angesiedelt, daß die Bundesregierung auf ihrer Homepage in einem Infobereich die Arbeitsgruppenresultate dokumentieren will. Und eine Broschüre zum Bündnis habe man ebenfalls „in der Pipeline“. Stand der Dinge also bisher, in den Worten eines alten griechischen Philosophen: Alles fließt.

Bleibt den mündigen BürgerInnen nur noch, gespannt abzuwarten, ob die hoffnungsvollen arbeitsmarktpolitischen Ansätze wie das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit oder die 10-Milliarden-Mark-Spritze für den Jagoda-Haushalt

ihren verstärkenden Nachhall bei den Bündnisgesprächen finden. Denn hier, weit mehr als in der eigentlichen Regierungspolitik, sind Partner vonnöten, Stichwort Tarifautonomie. Und das die hier zueinander finden, ist vor allem angesichts der auf Wirtschaftsseite zur Schau gestellten Konfrontationsfreudigkeit zu bezweifeln. Den herbeigeredeten Schaden werden wir alle haben, am meisten aber die, die am wenigsten haben.

nodi



Foto: DIRK NOTHNAGEL

1. Mai 1999 – Feierstunde ohne Feierlichkeit

# 110 Jahre Weltfeiertag der Arbeit

**H**eute, 1999, angesichts des Verschwindens der Erwerbsarbeit im Zuge der „Globalisierung“ und Automatisierung, gewinnt dieser feierliche Name (im 3. Reich recht unfeierlich für andere Zwecke mißbraucht) fast eine ironische Bedeutung. Für mehr als 9 Millionen Deutsche und 20 Millionen Europäer gibt es keine Arbeit mehr. (Rechnung für Deutschland: 7 Mio. fehlende Arbeitsplätze plus 2 der 5 Mio. Sozialhilfebeziehenden, die arbeiten könnten; für Europa: offizielle Angabe.) Dieses Heer von Erwerbslosen wird eher größer als kleiner werden. Denn die Profite wie die Aktien der Unternehmen steigen mit jeder Hundert- oder Tausendschaft von Arbeitskräften, die „freigesetzt“ werden. Zunehmende Automation ist eine der „Innovationen“, für die die Unternehmen Subventionen erhalten. Auf jeden Fall können sie die Maschinen abschreiben – falls sie überhaupt noch Steuern zahlen.

## Druckmittel der Unternehmer

Außerdem läßt sich die Masse der Erwerbslosen so praktisch für die Zwecke der Unternehmer instrumentalisieren. Sie drohen mit dem Wegfall weiterer Arbeitsplätze, um ihre Interessen bei Politikern aller Couleur durchzusetzen. Und die Politiker kuscheln. Sie setzen Gewerkschaften, Betriebsräte und ihre Arbeitnehmer mit der Drohung weiteren Personalabbaus unter Druck, um sie gefügig zu machen. Und sie fügen sich. Sie spielen den Arbeitnehmer gegen den Erwerbslosen aus und nutzen dafür in schamloser Weise die Medien: Die Erwerbslosen, wird verbreitet, haben den Verlust ihrer Arbeitsplätze selbst verschuldet, denn sie können nichts oder wollen gar nicht arbeiten. Es lebt sich ja so opulent von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe – z. B. in der Karibik! Dafür müssen die Arbeitnehmer sich krank und zu Tode schuften (von den 1,8 Milliarden Überstunden jedes Jahr, die sie kloppen, ganz zu schweigen). Und es gelingt ihnen, das soziale Klima zu vergiften.

Also runter mit den Sozialleistungen und den Lohnnebenkosten! Hungert

**Blicken wir zurück in das Jahr 1886 nach Chicago: 1. Mai, der „Moving-Day“. An diesem Datum wurden wie jedes Jahr von den Unternehmen neue Handelsverträge geschlossen, und die Arbeiter handelten ihre Arbeitsbedingungen aus. Diesmal forderten sie den 8-Stunden-Arbeitstag – eine Kampfansage an die Unternehmer. Dieser 1. Mai in Chicago verlief blutig. Er ging in die Geschichte der Arbeiterbewegung ein und wurde als selbstbestimmter Feiertag durchgesetzt: Der Internationale Sozialistenkongreß zu Paris im Juli 1889 erklärte zum 100. Jahrestag der Französischen Revolution den 1. Mai zum „Weltfeiertag der Arbeit“! – Global!**



Mit einem Rückblick auf dem Weg nach vorn: Nach 110 Jahren braucht der Weltfeiertag der Arbeit neue Energie, um die Massenarbeitslosigkeit anzuprangern.

die faule Bande aus! Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

## Recht auf Arbeit lebt

Diese Argumentation operiert mit einer alten Norm in der Industriegesellschaft. Gut, nehmen wir an, das Recht auf Leben ist mit der Pflicht zur Arbeit gekoppelt. Dann heißt das logischerweise auch: Es besteht für jedes Individuum ein unabdingbares Recht auf Arbeit, wohlverstanden: exi-

stenzsichernde Arbeit! Denn das Recht auf Leben sichern ihm alle modernen Gesetzeswerke zu, vom Grundgesetz bis zur Charta der Vereinten Nationen. Was aber nun, wenn das Recht auf Arbeit einfach außer Kraft gesetzt wird? Nicht mehr einklagbar, weil Millionen Arbeitsplätze fehlen? Wie soll das Individuum dann noch seine Pflicht zur Arbeit erfüllen können? Hat es dann kein Recht mehr auf Leben? Ist ein Leben, das nicht mehr nützlich ist für den Profit, „überflüssig“, „Wohlstandsmüll“?

Und: Angesichts der Millionen jungen Menschen in Europa, die heute schon ohne Existenzperspektive sind, brauchen wir keine Kinder mehr in die Welt zu setzen, weil lebendige Menschen unerwünscht sind in der zukünftigen „schönen neuen Welt“ der globalisierten Märkte?

Diese Zustände, geschaffen durch eine menschenverachtende neoliberale Politik, sind weder gottgewollt noch unumkehrbar, wie offiziell suggeriert wird. Diese Entwicklung kann gestoppt und in andere Bahnen gelenkt werden, wenn wir, das Volk, es nur wollen. Deshalb unser

**Aufruf zum 1. Mai 1999:**

## Arbeitnehmer und Arbeitslose solidarisiert Euch!

Kämpft gemeinsam für  
– soziale Gerechtigkeit jetzt,  
– existenzsichernde Arbeit für alle,  
– ein lebenswertes Leben für Euch und Eure Familien heute und für zukünftige Generationen.

Es liegt an Euch, die Verhältnisse in diesem Sinne positiv zu verändern. Wir setzen uns dafür seit einem Jahr ein – arbeitet mit in Münsters Bündnis gegen Sozialabbau, unterstützt unsere Aktionen!

Avanti!

Elisabeth Trebitz  
Bündnis gegen Sozialabbau  
c/o Sperre  
Achtermannstr. 7  
48143 Münster  
Tel. 51 11 21 · Fax 4 79 14

## Interview mit Heiner Schäffer zum 1. Mai: Reduzierung von Überstunden führt langfristig zu mehr Arbeitsplätzen „Mehr Sensibilität entwickeln für Arbeitslose und ihren Wunsch nach Arbeit“

**D**as 1.-Mai-Motto lautet „Neues Handeln. Für unser Land.“ Könnte man damit nicht aktuell die Position der Gewerkschaften bei der deutschen Kriegsbeteiligung diskutieren?

■ Schäffer: Es ist in der Tat eine tragische Situation, in der sich eine sozialdemokratisch und grün geführte Bundesregierung nach 150 Tagen im Amt befindet, und Krieg ist abzulehnen. Jedwede Waffengewalt ist Menschenrechtsverletzung. Verhandlungen und Gespräche führen zu Sicherheit und Toleranz.

□ Wir verbinden den Mai-Aufruf mit dem „Bündnis für Arbeit“. Viele können jedoch mit diesem Begriff nicht viel anfangen. Was versteht man darunter?

■ Schäffer: Mit einem Begriff von vor zehn Jahren ist das der „Runde Tisch“, an dem alle zusammenkommen und überlegen, wie sie Massenarbeitslosigkeit abschaffen, so die Grundidee vom Kollegen Zwickel (IG-Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel, Die Red.). Das ist gescheitert. Das Kapital hatte den Eindruck, auch ohne dieses Bündnisgespräch mit der Regierung Kohl gut klarzukommen. Es braucht Massenarbeitslosigkeit als Druckmittel gegen diejenigen, die noch Arbeit haben. Die Idee „Bündnis für Arbeit“ war damals von oben aus der IG Metall in die Politik getragen worden. Sie war nicht verzahnt mit Betriebsräten, Vertrauensleuten, auch nicht mit Gremien, in denen Gewerkschafter sitzen, z. B. in den Arbeitsämtern. Darum fehlte eine breit angelegte Gegenwehr von unten gegen das Scheitern.

□ Sind die aktuellen Bündnisgespräche nicht das Aufwärmen einer alten, gescheiterten Idee?

■ Schäffer: Die neu gewählte Bundesregierung wird eine andere Qualität einbringen in das Bündnis für Arbeit. Der Bundeskanzler will sich am Abbau der Arbeitslosigkeit, und der Kollege Walter Riester muß sich als Arbeitsminister daran messen lassen. Die

**1. Mai, Tag der Arbeit und Bündnis für Arbeit: Zwei Paar Schuhe, die nie denselben Weg einschlagen werden? Nach der Meinung vieler sind die Gewerkschaften erstarrt in Besitzstandsicherungspolitik für ihre Mitglieder, nicht zuletzt, um den Schwund bei der Organisierten Zahl zu bremsen. Wird der Mai-feiertag so unfreiwillig zu einem Ausgrenzungstreffen gegenüber den Arbeitslosen? Das eigentliche Thema eines Arbeitsfeiertags – millionenfache Arbeitslosigkeit und was gegen sie zu tun ist – wird im neuen Bündnis für Arbeit besprochen. Mit am Tisch sitzen die Gewerkschaften. Welche gewichtigen Beiträge sie dort einbringen wollen, fragte die Sperre Heiner Schäffer, stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB.**



Sperre-Interview mit Heiner Schäffer (Mitte); Arnold Voskamp (li.); Norbert Altermeyer (rechts); Fotos (7): Dirk Nothnagel

Diskussionslage innerhalb der Gewerkschaften hat sich deutlich geändert. Auf örtlicher Ebene wird häufiger und intensiver zum Bündnis für Arbeit gesprochen, man bezieht sich auf die örtlichen Gegebenheiten. Dabei arbeitet man nicht auf einer Insel, sondern guckt schon, wie man eine

Kommunikation zwischen regionalem Handeln und bundes- oder landesweit gestrickten Konzeptionen herstellen kann.

□ Eine wichtige Komponente beim Bündnis für Arbeit ist die Umverteilung der Arbeit zugunsten von Arbeitslosen. Die Arbeitszeitverkürzung ist beim jüngsten Tarifabschluß im öffentlichen Dienst am Rande liegengeblieben, im wesentlichen ging es um Lohnprozente. Wie sehen Sie die Verzahnung, wenn die Gewerkschaften sagen, an der Basis wären Prozente das wesentliche?

■ Schäffer: Eine Arbeitszeitverkürzung ist aktuell nicht so einfach zu verhandeln. Formell sind die Zeiten tarifvertraglich festgeschrieben, meist noch für Jahre. Wenn die andere Seite nicht verhandeln will, kann die Gewerkschaft auch nichts machen. Aber was ich viel wichtiger finde: Im Bündnis für Arbeit muß ich auf der unteren Ebene Betriebsräte, Arbeitsmarktpolitiker, Kommunalpolitiker usw. zusammenholen, um die Überstunden, die gefahren werden, abzubauen. Was nutzt mir ein Abbau der Wochenarbeitszeit z. B. auf 30 Stunden, wenn dann mit Überstunden weiter das Geld wie vorher verdient wird? Ich muß in Diskussionen die Arbeitnehmer sensibilisieren, die Überstunden abzubauen. Das Verständnis ist teilweise bei Betriebsräten vorhanden, teilweise auch nicht. Aber es ist wichtig, daß die Belegschaften ein Verständnis dafür entwickeln, daß sie mit dem Verzicht auf Überstunden auch auf einen Teil ihres Konsums verzichten. Da ist mehr Sensibilität für die Arbeitslosen zu entwickeln und ihrem Wunsch nach Arbeit.

□ Wer wenig verdient, kommt mit einem Verzicht auf Arbeitszeit und Lohn eher an seine Untergrenze. Bei der aktuellen Anhebung um 3,1 % im öffentlichen Dienst erhalten mal wieder die am meisten zusätzlich, die sowieso schon viel verdienen. Wie wär's mit einem festen Sockelbetrag im Tarifabschluß?

■ Schäffer: Ich bin Verfechter von Sokkel- oder Festverträgen. Aber es kriegen immer nur die Beschäftigten mehr Lohn. Diejenigen, die nicht im Arbeitsprozeß sind, haben von einer Lohnerhöhung nichts. Deshalb ist es wichtig, künftige Tarifverhandlungen zu überdenken, zu einem Kombinationsmodell zu kommen: Einen bestimmten Teil der zusätzlichen Lohnsumme for-



„Das Kapital braucht Massenarbeitslosigkeit als Druckmittel gegen diejenigen, die noch Arbeit haben“

dem wir nicht in individuellen Lohnerhöhungen, sondern in zusätzlichen Arbeitsplätzen. Diese Arbeitsplätze muß man vertraglich festschreiben, und entsprechend könnte man das bei der Lohnerhöhung anrechnen. Das kann ich jedoch nicht auf Bundesebene oder auf Tarifbezirksebene, das muß auf betrieblicher Ebene vereinbart werden. Ich kann nicht sagen, jeder Betrieb soll 10 % mehr Arbeitsplätze schaffen. Hier ist der einzelne Betriebsrat gefragt. Für solche Abschlüsse müssen die Gewerkschaften eine neue Tarifpolitik entwickeln, im betrieblichen Bereich und was den Flächentarifvertrag angeht. Diese Diskussion ist da.

□ Es gibt Beispiele, wo Betriebsräte unbezahlter Mehrarbeit zugestimmt haben, um die Arbeitsplätze zu sichern.

■ Schäffer: Als Betriebsrat bist du natürlich in einem Gewissenskonflikt. Über eins muß ich mir jedoch im klaren sein: Wenn ich auf Lohn oder Lohnerhöhungen zur Arbeitsplatzsicherung verzichte, dann soll das erst mal nur den Leuten nützen, die noch

im Betrieb sind. Und selbst da gilt: Lohnverzicht schützt nicht vor Arbeitsplatzverlust. Eine Strategie zu entwickeln für Lohnerhöhung und Sicherung der Arbeit und gleichzeitig für mehr Beschäftigung – das ist in jedem Unternehmen schwierig. Ein Flächentarifvertrag müßte einen Korridor für betriebliche Verhandlungen vorgeben.

□ 2 Milliarden Überstunden pro Jahr, rechnerisch sind das mehr als eine Million Arbeitsplätze. Wie kann eine betriebliche Lösung aussehen?

■ Schäffer: Eine einfache Lösung bietet das Betriebsverfassungsgesetz. Bei der Arbeitszeitgestaltung und bei der Festlegung von Mehrarbeit muß der Betriebsrat zustimmen. Das müssen die Betriebsräte nutzen. Sie müssen dazu kommen, daß sie sich nicht erpressen lassen mit dem Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen. Das hält hinten und vorne nicht, das haben die letzten 15 Jahre gezeigt. Die Drosselung und Reduzierung von Mehrarbeit führt langfristig gesehen im Betrieb zu Arbeitsplätzen. Das ist aber ein Kampf an zwei Fronten, gegen die Betriebsleitung und gegen die Kolleginnen und Kollegen, die mit Überstunden mehr Geld verdienen wollen.

□ Was kann tariflich vorgegeben werden?

■ Schäffer: Ein Rahmen ist der Manteltarifvertrag. Da könnte festgehalten sein, daß beispielsweise pro Arbeitnehmer monatlich 20 Stunden Mehrarbeit geleistet werden kann. Bei 1000 Beschäftigten sind das 20000 Arbeitsstunden im Monat. Der Betriebsrat muß den Rahmen aber nicht voll ausschöpfen, er kann sagen: Für plötzlich anfallende Arbeiten stimmen wir 5000 Überstunden im Monat zu, für zusätzliches Arbeitsvolumen müssen Leute eingestellt werden. Das können erst mal befristete Verträge sein, die sind aber schon mal ein Einstieg.

□ Viel Staub hat das Wuppertaler Bündnis für Arbeit\* aufgewirbelt. Das ist eine betriebliche Vereinbarung für die Beschäftigten der Stadtverwaltung. Unter anderem ist da festgehalten, daß die Kolleginnen und Kollegen einer Abteilung auf Arbeitszeit verzichten können zugunsten von Neueinstellungen in ihrer Abteilung. Der Arbeitgeberverband hat dies heftig abgelehnt.

■ Schäffer: So was knabbert am Direktionsrecht der Arbeitgeber, wenn der

Arbeitnehmer entscheidet, ob er 40 oder nur 25 Stunden arbeitet. Ich bin Verfechter der 4-Tage-Woche bei VW. Dort sind die Arbeitnehmer zwar nicht frei in der Gestaltung ihrer Arbeitszeit. Aber die 4-Tage-Woche hat dazu geführt, daß nicht nur Arbeitsplätze gesichert wurden, es sind sogar zusätzliche entstanden. Da sind die positiven Ergebnisse der Arbeitszeitverkürzung



„Was nutzt mir ein Abbau der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden, wenn mit Überstunden das gleiche Geld wie vorher verdient wird?“

richtig meßbar. Die Wuppertaler Vereinbarung beschreibt, wo Arbeitnehmer mehr Entscheidungsfreiheiten haben und wo sich Betriebsräte mehr Gedanken machen müssen. Wenn Arbeitnehmer sagen können: Ich will nicht mehr 38,5 Stunden in der Woche arbeiten, mir reichen z. B. 25 Stunden, aber nur, wenn zusätzlich jemand eingestellt wird. Ich glaube, dann werden sich sehr viel mehr Arbeitnehmer bereit zeigen, auf Arbeitszeiten zu verzichten zugunsten von Neueinstellungen.

□ Die kommunalen Arbeitgeber haben wie angestochen reagiert auf die Wuppertaler Vereinbarung. In einem uns vorliegenden Papier sehen sie sogar die Demokratie in Frage gestellt.

■ Schäffer: Ihr „Demokratieverständnis“ wird in Frage gestellt! Für Unternehmer ist so etwas ein Systemwandel. Ein Stück Selbstbestimmung der Arbeitnehmer paßt in deren Köpfe nicht rein. Bei mir sträuben sich immer die Nackenhaare, wenn ich von denen das Wort Flexibilisierung höre. Flexibel sind Arbeitnehmer bis zum Gehnichtsmehr, von der Massenar-

beitslosigkeit angefangen bis zur Überstundenableistung hoch drei. Flexibilisierung kann nur Sinn haben, wenn ich als Arbeitnehmer die Möglichkeit habe, über meine Arbeitszeit selbst zu befinden. Die Flexibilisierung nach dem Direktionsverständnis der Unternehmer soll ja so aussehen: Wenn im Sommer die Schneeschlepper hergestellt werden und viel Arbeit anfällt, dann müssen die Arbeitnehmer ganz flexibel viele Überstunden leisten, damit die Geräte vorm Winter im Laden stehen. Und im Winter geht die Arbeitszeit ganz flexibel auf 10 Stunden runter, weil keine Schlepper mehr gebraucht werden. Diese Flexibilität kann ich nur ablehnen.

□ Dieses Denken ist veraltet und auch gar nicht so wirtschaftlich für den Betrieb. Bei der IHK in Münster war eine Veranstaltung über neue Arbeitszeitmodelle. Dort berichtete ein Klempner, daß die Arbeitnehmer in seinem Betrieb ihre Arbeitszeiten sehr frei gestalten. Beispielsweise hätten seine Leute bei einem Fußballturnier den Pokal gewonnen und danach angerufen, am Montag kämen sie erst gegen Mittag; die verlorene Zeit würden sie natürlich nacharbeiten. Das hat der Mann akzeptiert. Seiner Meinung nach hätten sie sich sonst einen gelben Schein geholt, sie kämen weniger zufrieden und unmotiviert zur Arbeit. Wenn die Leute selbst entscheiden, sind sie auch mit mehr Begeisterung in der Firma?

■ Schäffer: Selbstbestimmung, das ist ein Stichwort, was ich kürzlich in einer Tageszeitung gelesen habe. Durch Fremdbestimmung kämen zunehmend Leute zu Resignation und zu Suchtverhalten, zum Alkohol. Die wirtschaftlichen Schäden schätzt man auf 50 bis 80 Milliarden DM. Bei mehr Selbstbestimmung entsteht auch mehr Arbeitslust. Aber es entsteht auch mehr Aufwand zur Abstimmung, aber weniger Verlust durch Sucht.

□ Diese Schwierigkeiten sollte man nicht überbewerten. – Auf der gleichen IHK-Veranstaltung wurde ein Kaufhaus in München beschrieben, in dem viele alleinerziehende Frauen arbeiten. Es führt Arbeitszeitkonten: Die Frauen können zu Jahresbeginn festlegen, wieviel sie in dem Jahr arbeiten wollen. Und dann handhaben sie das im Laufe des Jahres flexibel. Anfangs gab es noch eine Urlaubssperre in der Vorweihnachtszeit. Selbst die ist nach kurzer Zeit abgeschafft worden.

■ Schäffer: Wenn sich über solche Spielräume mehr Selbstbestimmung

entwickelt, kommen die Arbeitnehmer auch zu einer anderen Einstellung gegenüber ihrem Betrieb. Selbstbestimmung ist die Voraussetzung für Corporate Identity – das ist dann wieder mein Betrieb.

□ Es gibt gleichzeitig Tendenzen, die gehen genau in die entgegengesetzte Richtung. Wer seine Sozialleistung



„Betriebsräte müssen sich nicht erpressen lassen mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung. Das hält hinten und vorne nicht“

nicht verspielen will, muß immer niedrigere Standards akzeptieren. Läuft das, was heute im Bereich Arbeitsförderung, selbst von Gewerkschaftern, gesprochen wird, nicht auf immer mehr Zwang hinaus?

■ Schäffer: Jetzt nicht schon wieder dieser Satz vom Kollegen Zwickel, daß den Jugendlichen die Sozialhilfe gestrichen werden soll, die im 100 000-Ausbildungsplätze-Programm der Bundesregierung eine Stelle ablehnen – das darf ein Gewerkschafter nicht sagen. Dafür hat er sich, soviel ich weiß, im Rahmen der IG Metall entschuldigt. Sicher, es gibt welche, die haben keine Lust zum Arbeiten. Ich habe auch manchmal keine Lust. Manche können sich das sehr gut leisten, nicht zu arbeiten. Andere aber nicht, und denen können wir nicht auch noch die Sozialleistungen streichen. Die Asozialen, die sich ein Leben ohne Arbeit leisten können, entziehen der Gesellschaft viel mehr Geld als diejenigen, die es sich nicht leisten können und auf Sozialhilfe angewiesen sind. Es ist nicht sozial, wenn Vorstandsmitglieder von Großunternehmen, die kaum noch Steuern zahlen, um weitere Steuerentlastungen feilschen.

□ Aber trotzdem wird weiter vom Abbau der Sozialleistungen gesprochen. Erst von Lafontaine, dann von Wirtschaftsminister Müller kam die Äußerung, das Arbeitslosengeld nur noch

an Bedürftige zu zahlen. Da wird doch weiter am sozialen Netz geribbelt, oder?

■ Schäffer: Das ist Dummheit, wenn ein Minister ohne genaues Nachdenken das nachspricht, was gut abgesicherte Ministerialbeamte ihm auf den Zettel schreiben. Ich glaube nicht, daß ein Minister mit ein bißchen Überlegung an offensichtlichen verfassungs-



„Flexibilisierung hat nur Sinn, wenn ich als Arbeitnehmer über meine Arbeitszeit selbst befinden kann“

rechtlichen Bedenken so einfach vorbeigt.

□ Aber dennoch, es wird damit Stimmung gemacht für Kürzungen.

■ Schäffer: Aber bei wem kommt das an? In CDU-Wirtschaftskreisen oder bei der FDP vielleicht. Aber sonst? Nicht bei Arbeitnehmern.

□ Seit September vorigen Jahres hat sich ja die politische Mehrheit geändert. Mit dem Kollegen Riester sitzt einer im Kabinett, der den Sozialabbau der vorherigen Regierung zurücknehmen könnte. Z. B. die Zumutbarkeitsregeln. Früher mußte der Arbeitsvermittler drei Wochen prüfen, ob ein Gleichqualifizierter auf eine offene Stelle zugewiesen werden kann, bevor ein Höherqualifizierter genommen wird. Inzwischen gibt es einen Verdrängungsprozeß: Höherqualifizierte werden zugewiesen, auch wenn es in allen Berufsgruppen Arbeitslose gibt. Wie sehen die Gewerkschaften die Veränderungsmöglichkeiten?

■ Schäffer: Vor der Wahl habe ich mit einigen Kollegen zusammengesessen und über den bevorstehenden Wechsel palavert. Da haben zehn Finger nicht gereicht, soviel wollte ich angepackt sehen: Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung, Renten, Arbeitslosengeld bei Aussperrung usw. Einige Sachen hat die Regierung jetzt schon geregelt. Aber nichts ist schwieriger, als den

Verwaltungsapparat in Gang zu bringen. Viele Sachen werden in der Verwaltung neu geregelt oder dort vorbereitet, bevor sie Einzug ins Gesetz erhalten. Die Änderungen in der Bundesanstalt für Arbeit brauchen schon etwas mehr Zeit als 100 Tage. Ebenso ist der Haushalt der Bundesanstalt neu zu regeln. Es sind nicht vier Millionen ohne Arbeit, sondern eher sieben Mil-



„Es ist nicht sozial, wenn Großunternehmen, die kaum noch Steuern zahlen, um weitere Steuerentlastungen feilschen“

lionen, da braucht es genügend Arbeitslosengeld. Aber sehr wichtig ist auch die berufliche Fortbildung. Wer erst mal sechs oder zehn Monate draußen ist, der muß oft erst mal wieder auf den aktuellen Stand gebracht werden, bevor der Einstieg klappt.

□ Zur Frage der Vollbeschäftigung: Im 15 Jahre alten Armutsbericht des DGB für Münster – Vorwort: Heiner Schäffer – fragt ein Jugendlicher: „Wozu soll ich lernen, wenn ich hinterher sowieso arbeitslos sein werde?“ Kann man heute Jugendliche auf Vollbeschäftigung orientieren?

■ Schäffer: Was heißt schon Vollbeschäftigung? Für mich heißt es das grundgesetzlich garantierte Recht auf einen Arbeitsplatz für den, der arbeiten will. Anfang der Siebziger hatten wir nach Vorstellung der Ökonomen Vollbeschäftigung. Aber selbst da hatten wir 200 000 Arbeitslose. Das waren ja nicht so welche, die nicht arbeiten wollten. Die waren auch schon damals durch Rationalisierungsprozesse aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen worden, um sich dann mit Hilfe des Arbeitsamtes auf eine neue Beschäftigung hin zu qualifizieren. Das war gesellschaftlich noch leistbar. Aber heute werden wir die Situation der 70er Jahre nicht mehr erreichen.

□ Damals konnte man recht einfach Sozialleistungen erhalten, es wurde kaum Druck gemacht, das Arbeitslo-

sengeld war höher. Und dennoch sind es heute viel mehr Arbeitslose. Macht das nicht deutlich: Es sind nicht die Sozialleistungen, die die Leute arbeitslos bleiben läßt, sondern es fehlen simpel die Arbeitsplätze?

■ Schäffer: Das Nichtstun ist nicht die Mentalität des Menschen. Der Arbeitnehmer identifiziert sich viel mehr mit seiner Arbeit als mit dem Nichtstun.



„Die Industrie baut Arbeit ab, das ist ihr Plus an der Börse. Dann soll sie aber die Ausbildungsabgabe zahlen“

□ Zurück zu Vollbeschäftigung oder hohem Beschäftigungsstand oder wie man das nennen mag. Wir sehen, daß die Gesellschaft eine große Anzahl von Leuten offenbar nicht mehr will. Was kann denn Leitbild sein für einen, der trotz vieler Bemühungen keinen Arbeitsplatz findet? So manche Ältere legen demotiviert ihre Hände in den Schoß, aber auch bei Jüngeren kehrt nach der hundertsten vergeblichen Bewerbung die Resignation ein.

■ Schäffer: Ich muß eine Perspektive entwickeln. Der ältere Arbeitnehmer ist irgendwann nicht mehr so leistungsfähig wie ein 27-jähriger. Das muß man sich frühzeitig im Kopf klar machen, damit man nicht bis 65 voll durcharbeitet und dann in das Loch fällt. Dann kann man sich auch früher schon darauf einlassen, den Arbeitsplatz freizumachen für einen Jüngeren. Wer jünger ist, für den muß sich nach der Ausbildung auch ein Arbeitsplatz auf tun. Daß am Ende eines Lehrgangs nur 30 % der Teilnehmer einen Arbeitsplatz finden, das schafft keine Perspektive. Wenn über Bündnisse für Arbeit oder über neue Arbeitszeitmodelle neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen, dann kann das für Jugendliche eine Perspektive schaffen.

Die Unternehmen bilden nicht genügend aus, weil Ausbildung kostet. Ausbildung ist auch eine staatliche Aufgabe, mit Ausbildungsplatzgarantie, Ausbildungsabgabe und kommu-

nalem Ausbildungskonzept. Mit einem kommunalen Ausbildungskonzept für Münster bin ich vor Jahren gescheitert, aber bei der Ausbildung bin ich nostalgisch. Hier sind die Bündnisse für Arbeit gefordert. Dazu gehören alle Beteiligten, Betriebe, Kommunalpolitiker, Gewerkschaften – diese Verzahnung muß sein. Da kann man gesellschaftlich notwendige Projekte entwickeln und Angebote schaffen, ökologische Projekte planen wie den Bau von Fahrradwegen, Baudenkmäler erhalten – mit der ganzen Breite der Berufe des Handwerks. Ich sage bewußt Handwerk, denn dort wird noch ausgebildet mit Perspektive für künftige Arbeit. Die Industrie baut Arbeit ab, das ist ihr Plus an der Börse. Dann soll sie aber die Ausbildungsabgabe zahlen, dann geht es vielleicht ein paar Prozente runter an der Börse. Wir brauchen aber ein Arbeitsbeschaffungsprogramm: nicht um jemanden auszubeuten, sondern um vernünftige Sachen zu schaffen und um Perspektiven zu entwickeln.

□ Das Wort Arbeitsbeschaffung hat ziemlich gelitten, mit 80-Prozent-Löhnen, mit besonderen Zuweisungsregeln usw.

■ Schäffer: Ja, richtig, ich hab mich auch gefragt, ob ich das Wort überhaupt verwenden soll. Arbeitsbeschaffung ist immer so angelegt gewesen, daß es ja nicht in die Auftragsbereiche von Handwerk oder Industrie hineinreicht. Da sind dann Qualifizierungsträger entstanden. Die konnten zwar den Arbeitsmarkt ein Stück weit entlasten, sie konnten aber nicht mit Perspektive qualifizieren. Wenn man Konzepte entwickeln würde, wo berufliche Bildung und kommunalpolitische Aufträge zusammenhängen, würde sich doch mancher Betrieb überlegen: Wenn ich da einen Auftrag kriegte, würde ich auch einen von den Leuten einstellen und mit ausbilden. Und keiner kann sagen, die Kommune nähme den Betrieben die Aufträge weg.

□ Da ist aber viel zu heben.

■ Schäffer: Sicher ist da eine Menge Utopie dabei. Aber Denken muß erlaubt sein, unbequeme Vorschläge müssen auch mal erlaubt sein und sind es wert, darüber nachzudenken.

□ Danke schön für das Gespräch.



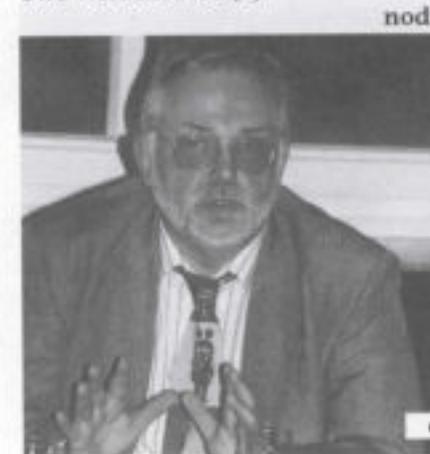
## Arbeitslose brauchen Medien auf dem Podium Arbeitnehmermitbestimmung und Arbeitsmarktpolitik in Europa

Fotos (6): NOTHNAGEL



In der Europäischen Union sind die Vorgaben einer gemeinsamen Politik, ob im Bereich Arbeitsmarkt oder Arbeitnehmerrechte, noch sehr unterschiedlich. Schritte vorwärts, wie hin zum Europa-Betriebsrat, mögen trotz ihrer Bedeutung zunächst nicht großartig erscheinen – zuziel unbeackertes Terrain liegt auf anderen Gebieten noch vor den EU-Politikern. Und Deutschland ist entgegen landläufiger Ansicht nicht überall top bei den Standards der Arbeitnehmerrechte.

Dies konnten die rund 30 ZuhörerInnen von einer weiteren Podiumsdiskussion am 8.4. im Vorfeld der Europawahl am 13. Juni aus der Gaststätte „Bunter Vogel“ mit nach Hause nehmen (Bild 1). Sie war veranstaltet worden von den vier SPD-Ortsvereinen Münster-Handorf, -Hansa-Hafen, -Mauritz-Erpho und -Ost, SPD-Ratsherr Helmut Hamsen (5) moderierte. Mit dabei war außer Helmut Kuhne, Europaparlamentarier der SPD (6), Guntram Schneider von der IG Metall Münster (4) und Michael Schönwiese, Betriebsratsvorsitzender der BASF-Coatings AG (3), auch AbM-Mitarbeiter Uwe Wiedenstried (2).



nodi

## Städtische Bühnen zeig(t)en „Kein Job ist so hart wie keiner ...“ Plakate gegen Arbeitslosigkeit auf Erfolgskurs in Münster

Ein Wettbewerb und seine Ergebnisse als Ausstellung auf Tour: Wie es dazu kam, welche Bedeutung dem Thema Arbeitslosigkeit in der gestaltenden Kunst zukommt und welche womöglich neuen Einsichten die Beiträge der Wettbewerber anstoßen könn(t)en – dazu lassen wir als Resümee der Präsentation in den Städtischen Bühnen (vgl. Sperrre 1/99) den Leiter des Instituts für Medien und Kunst IMK, Dirk v. Kugelgen, aus seiner Eröffnungsrede zu Wort kommen. Den Sperrre-Entwurf (und die anderen realisierten Plakate, s. S. 21) sind auch nach Ausstellungsschluß Ende April bei Arbeitslose brauchen Medien anzusehen.

nodi

### Fünf Gründe – so kam es zur Ausstellung

„Zu wenige Künstlerinnen und Künstler finden eine Gelegenheit, sich mit ihrer künstlerischen Arbeit in diese wichtige Gesellschaftsdebatte ... einzuschalten. ... eine Funktion von Kunst ist und bleibt ihr gesellschaftskritisches Potential.“

Medien, Kunst und Kultur spielen in der alltäglichen Arbeit unseres Institutes eine herausragende Rolle.

In vielen Institutionen und Vereinigungen werden die Forderungen immer drängender, mehr sich noch für die Arbeitslosen und ihre Belange zu engagieren.

Ein äußerer Anlaß war das zehnjährige Bestehen der Koordinierungsstelle des „Fördervereins gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e. V.“ in Bielefeld, die auch mit Unterstützung des Instituts für Arbeitnehmerbildung (Weiterbildungseinrichtung unter dem Dach des IMK. Die Red.) gegründet wurde.

Das Plakat ist ein sehr direktes Medium. Plakate sind demokratische Medien.“

### Der Wettbewerb – darum ging und geht es

„Nach wie vor gibt es Vorurteile – „Die wollen bloß nicht arbeiten“. ... Die Plakate sollten zum Nachdenken anregen ... sollten auch aktivieren, sich einzubringen in die Debatte für eine andere Politik.“

**Die Entwürfe – das haben sie gebracht**

„Etwa ein Drittel kam aus den „neuen Ländern“, viele deutlich schärfer, bitterer. Einige Plakate zeigten deutlich, daß sich auch „Nichtprofis“ beteiligten, die sich ihre Wut „quasi aus dem Bauch“ gezeichnet hatten ... sie erfüllen vielleicht nicht die spezifischen Ansprüche, doch sind sie außerordentlich fesselnd oder grafisch hervorragend. „Delikt: Arbeitslos“ der Gruppe SPERRE aus Münster gehört dazu.

Die Nachfrage zeigt: Das Interesse, Kunst zu nutzen, um sich mit einem solch bitteren gesellschaftlichen Zustand auseinanderzusetzen, ist größer



Foto: NOTHNAGEL

als gedacht. Das stimmt mich optimistisch.“

**Die Wanderstationen (Ziffer: Ausstellungsanzahl)**

1997: 5, beginnend im IMK-IfAB/ITeG in Lage-Hörste, weiter u. a. beim ÖTV-Hauptvorstand in Stuttgart

1998: 11, u. a. in Berlin, Frankfurt (IG-Metall-Hauptvorstand), Magdeburg, Hamburg, Würzburg

1999: 5, nach Münster u. a. in Braunschweig



Foto: HARRY SEEMANN

**Die Dauerbrenner**

15 Ausstellungskopien verbleiben u. a. in Bielefeld, Bremen, Essen (2), Gelsenkirchen (2 im Kulturamt), Halle, Hannover, Köln (Volkshochschule Kalk), Stockholm und Nordschweden.

Bei Interesse an den 54 Plakaten aus 233 Entwürfen – '99 ist nahezu ausgebucht! – Anfragen bitte an:

**Institut für Medien und Kunst,  
Teutoburger-Wald-Straße 105,  
Tel. (0 52 32) 98 34-27, Fax -62,  
E-Mail IMK@LINK-DO.soli.de.**

**Sperre-Feeling**

Arbeitslose brauchen Medien – und Medien brauchen Inspiration. Die verschaffte sich das Sperre-Team mit frisch designten Räumen. Das Design trägt die Handschrift von Ralf Vasholz, der es auch maßgeblich realisierte, unterstützt von tatkräftigen HelferInnen.



Foto: NOTHNAGEL

**Aktives**

**Marktgeschehen –  
Ostereier Fehlanzeige**

Stattdessen hatte der Stand unserer Marktinitiative eine Auswahl von farbenfrohen und kindgerechten Holzarbeiten, extra-ökologischen Recycling-Papierwaren und Naturschutzprodukten im Angebot. Besonders gefragt zur startenden Vogelsaison: Nistkästen für verschiedene Vogelarten, Futterhäuschen und Vogeltränken. Darüber hinaus sind unsere Angebote auf Anfrage auch in der Sperre erhältlich. Die Treffen unseres Arbeitskreises Markt finden weiterhin jeden ersten Donnerstag im Monat um 20 Uhr in der Sperre statt. Die nächsten Termine für den Stand in den südlichen Domnischen auf dem Mittwochs-



Foto: NOTHNAGEL

**Praktikum in der Sperre**

Hallo, Nils heiße ich, bin 17 Jahre und der mit den kurzen Haaren. Mit meinem Freund und Schulkollegen Philipp zusammen mache ich ein schulbegleitendes Sozialpraktikum hier in der Sperre. Wir gehen beide in die 11. Klasse der Freien Waldorfschule Münster.

Warum ich mich ausgerechnet für die Sperre und nicht für ein Altersheim oder ähnliches entschieden habe ist wahrscheinlich, weil ich denke, ich werde früher mit dem Problem Arbeitslosigkeit konfrontiert, als daß ich im Altersheim lande.

**Nils Monte &  
Philipp Borgmann**



Foto: NOTHNAGEL

Ich, Philipp Borgmann, bin 17 Jahre alt und mache zur Zeit ein dreiwöchiges Sozialpraktikum bei AbM e. V. Zusammen mit meinem Klassenkameraden Nils arbeiten wir hier in der Sperre verschiedene Themen aus. Da mich Medien mit sozialen Themen viel mehr interessieren als sonstige Sozialbereiche, habe ich hier den perfekten Praktikumsplatz gefunden.

markt sind in Planung und werden rechtzeitig bekanntgegeben oder können hier erfragt werden: Tel. 51 11 21.



# FUN AT WORK

SCHNUPPERSEITE FÜR JUNGE LEUTE

DAS



VIELSEITIGES FÜR JEDES ALTER  
UNTER MEHREREN DÄCHERN

**E**in anderes, besonderes Miteinander von jung und alt ist wohl seine Stärke. Und die zieht das Fachwerk nicht zuletzt aus seiner oft gerühmten Lage im Grünen und - wenn die Bebauung jenseits der Gievenbecker Reihe steht - im Stadtmittelpunkt. Ein nettes Ambiente eben. Doch das Fachwerk geht auch „außer Haus“ und ist so in seiner Umgebung intensiv verankert.

#### TIP und TOP

Als Jugendliche ab 12 Jahren habt ihr gleich diese zwei Treffs zur Auswahl. TOP ist just Mitte April am Gescherweg fertiggestellt und eröffnet worden und kann von einer neu eingerichteten Stelle profitieren. Ein monatlicher Kalender hält alle Angebote bereit, und in Ferienzeiten gibt's zusätzlich ein spezielles Programm. Geöffnet ist von 16 bis 21 Uhr, montags/freitags eine Stunde kürzer, das Wochenende über ist zu.

#### Ruhelose Oase

Auch die Jüngeren unter euch kommen nicht zu kurz. Kinder- und Jugendtreff zum Spielen oder „Arbeiten“ in der Holzwerkstatt. Weiter erwarten euch Kreativ-, Action- und Brauzelttage - da darf der Spaß auch mal 2 Mark Beteiligung kosten. Die Spieltreffs im Fachwerk (mo. bis do. 15 bis 18 Uhr) und am Legdenweg (di. u. do. 15 bis 18 Uhr in der Kita) haben spannende Themen wie zum Beispiel Zahnbürsten-Spritzbilder oder Waldspiele.

#### Mittags, nachmittags, abends

Zur Mittagszeit bringt vegetarisches Essen regelmäßige Besucher, Familien, Kollegen und Ausflügler an einen Tisch, für 6 Mark (Kinder 3 DM) außer Sonntag die ganze Woche. Aber das Stadtcafé, das so eben nicht teilt, sondern zusammenführt, geht anschließend weiter: mit Kaffee und Kuchen, abends noch zusätzlichen Angeboten mit Musik, Theater usw. Räume können für eigene Festivitäten belegt werden.

#### Kurse und Karriere

Neben den kostenpflichtigen Kursen wie Eltern-Kind-Töpfern bieten sich auch hier Extras, die fast schon Standard sind: Internet-Café, zeitweise kostenfrei, und persönliche Beratung bei Ausbildungs- oder Berufswahlfrust. Berufsfindung ist ein Bereich, der in den kommenden Jahren ausgeweitet werden soll, dank der Nachfragen von Kids. Die Wartburgschule ist Partner für den Technikunterricht in einer ihrer Klassen. Und das TOP am Gescherweg mithergerichtet haben

junge Leute in einem Qualifizierungsprogramm (in Kooperation mit dem JIB). Ein eigener Computerraum ermöglicht euch nach dieses Jahr, altersgemäße Kurse zu besuchen.

Kommen, sehen und mal antesten kann da nur die Devise lauten. Übrigens: Das Image vom Hort schwieriger Jugendlicher konnte das Fachwerk ablegen, seit auch die Eltern mit da sind. Besondere Anstrengungen erfordern die vielen Spätsussiedler am Ort: „Brückenpersonen“, die ihre Heimatsprache sprechen, helfen ihnen.

nod



Foto: NOTHAGEL

DIE FRAU MIT DEM (UMWELT)KÖFFER: SPANNENDE SPIELE RUND UM EIN THEMA BETREUT AUCH NICOLE KLÖPPEL (LI.) BEIM SPIELTREFF DES FACHWERKS IN DER KITA LEGDENWEG 142. JEDEN DIENSTAG- UND DONNERSTAGNACHMITTAG.

Die Fachwerk-„Zentrale“ an Arnhelmweg 40, bis Ende der '70er ein Gehöft, eröffnete 1981. Fachwerk heißt das Stadthaus allerdings erst seit 1995. Und wie das Gerüst eines Fachwerkbau, der es ist, verzweigt es sich in eine Reihe von Ablegern. So kommt vieles noch näher an eure Wohnungen in Gievenbeck. Über die Stadteilgrenzen hinaus beliebt sind der Mittagstisch und das Stadtcafé. Jeden Tag treffen sich hier rund 50 Besucher aller Altersgruppen. INFO: Der direkte Draht zu Angeboten für Anfragen ist Tel. 87 19 21-0, Fax 86 11 40 oder E-Mail [fachw@muenster.de](mailto:fachw@muenster.de). Infoschriften und Programme halten städtische Stellen bereit. Zusätzliches auf: <http://jugend.muenster.de>.

## Die Schlemmerstange Spargel Abstecher zum Hochgenuß

In der zweiten Aprilhälfte just begonnen, läuft die Spargelsaison hierzulande auf Hochtouren bis Ende Juni. Den sprichwörtlich kraftverleihenden Trieb dieses zartblättrigen Liliengewächses stechen die Ernter, bevor er sich aus dem Unterirdischen ans Licht des Tages recken kann und sich färbt – zumindest das weiße Modell. Regional sind auch sehr gute Qualitäten auf Märkten oder ab Hof zu verschmerzbareren Preisen zu haben.

**H**ier eine Palette von Rezepten für ein ausgewachsenes Spargelmenü, dessen Gänge auch einzeln eine gute Figur machen. Highlight: Eine sehr schmackhafte Sauce Hollandaise, sehr preiswert und auch von ungeübten Köch(inn)en schnell zubereitet.

Mengenangaben: EL Eßlöffel, MSP Messerspitze, P Prise, TL Teelöffel.

### Spargelcremesuppe

#### Zutaten:

- Spargelschälreste • 1 Becher Schlag-  
sahne • 2 EL gekörnte Brühe • 1 TL  
Butter • 1 P Zucker

#### Zubereitung:

Die Spargelabfälle mit 2 Litern Wasser ca. 30 min auskochen, durch ein dünnmaschiges Sieb gießen. Den Sud in einen Topf geben, aufkochen, mit gekörnter Brühe abschmecken (Suppe für 4 Personen: ca. 2 EL). Einen Becher Schlagsahne, einen TL Butter, eine Prise Zucker unter den Sud rühren. Das Ganze nicht mehr kochen, sondern nur ziehen lassen.

Dazu reicht man aufgebackenes Fladenbrot.

**Tips:** Mit frischem Dill und einem TL geschlagener Sahne kann man die Spargelcremesuppe sehr hübsch und lecker dekorieren. – Und wohin mit dem Abfall vom Spargelschalen? In die Biotonne? Viel zu schade! Lieber sammeln und einfrieren, und wenn genug beisammen ist: siehe oben.

### Spargelsalat

#### Zutaten:

- 250 g gekochter Spargel, abgekühlt  
und kleingeschnitten • 250 g frische  
Mung(o)bohnsensprossen („Sojasprossen“)  
• 100 g kleingeschnittene Cashewkerne  
oder Erdnüsse • 100 g kleingeschnittener  
gekochter Schinken • 100 g Goudawürfel  
(am besten: junger oder Maigouda) • 2 EL  
frische Kräuter, kleingehackt • 1 MSP Senf  
• 2 EL Essig • 1 Prise Zucker • Salz, Pfeffer  
• 4 EL Öl

#### Zubereitung:

Aus Kräutern, Essig, Senf, Zucker, Salz und Pfeffer eine Vinaigrette herstellen. Jetzt löffelweise das Öl hinzu-



Foto: NOTHNAGEL

fügen. Das Ganze an die Seite stellen. Den Schinken, die Cashewkerne bzw. Erdnüsse und den Gouda miteinander vermengen. Vorsichtig die Mung(o)-bohnsensprossen und den Spargel unterheben. Darüber die Vinaigrette geben und sofort servieren.

Dazu schmeckt helles (Fladen)Brot. Diesen Salat kann man sehr gut bei Festlichkeiten oder Partys servieren.

### Spargelpizza

#### Zutaten:

- Für den Teig:  
• 400 g Mehl • 1/8 l lauwarme Milch  
(ca. 30 °C) • 30 g frische Hefe oder  
1 Päckchen Trockenhefe

#### Für den Belag:

- 500 g gekochter Spargel • 300 g frische  
Champignons • 2 Frühlingszwiebeln  
(oder Schalotten) • 200 g Bergkäse  
• 1 EL getrocknete Pizzakräuter  
• je 1 TL frischer Oregano/frisches Basilikum,  
kleingehackt • 1 zerdrückte Knoblauchzehe  
• 6 geschälte, gedünstete Tomaten (Dose)

#### Zubereitung:

Aus den Teigzutaten einen Vorteig herstellen und zugedeckt an einem warmen Ort 30 min gehen lassen. Nach dem ersten Gehen lassen 5 EL Öl, 1/2 TL Salz unterrühren und solange

mit den Händen kneten, bis ein geschmeidiger Teig entstanden ist. Diesen zugedeckt an einem warmen Ort 60 min gehen lassen. Der Hefeteig ist gelungen, wenn er sein Volumen verdoppelt hat.

Champignons putzen – oberste Hautschicht mit einem scharfen Messer abziehen –, Frühlingszwiebeln in dünne Ringe schneiden, den Käse reiben. Den Spargel in ca. 3 cm lange Stücke schneiden.

Den Teig auf einer bemehlten Fläche auf Backblechgröße ausrollen. Das Backblech mit Backpapier auslegen und den Teig darauf legen. Dann die Tomaten auf der Teigplatte gleichmäßig verteilen, darüber die Kräuter streuen. Spargel, Zwiebeln und Champignons auf dem Pizzaboden verteilen, darüber den geriebenen Käse streuen. Bei 175 °C ca. 20 min im Backofen auf der mittleren Schiene backen.

Wer gern Fleisch lißt, kann die Pizza auch noch mit gekochtem Schinken belegen.

### Holländische Soße

(Sauce Hollandaise) à la Bußmann

#### Zutaten:

- 2 Eigelbe • 6 EL heißes Wasser  
• 2 TL (gekörnte) Brühe • 1 MSP Senf  
• 1 P Salz • 1 P Pfeffer • 250 g Butter  
(keine Margarine!)

#### Zubereitung:

In einem Topf mit einer Schüssel, die zu einem Drittel dort hinein paßt, erhitzt man das Wasser, mit dem der Topf zu einem Drittel gefüllt ist. Jetzt die Schüssel in den Topf stellen und mit einem Schneebesen (Hand!) als erstes nur die Eigelbe aufschlagen. Dann nach und nach die übrigen Zutaten – bis auf die Butter – unter ständigem Rühren hinzufügen. Die Butter schmilzt man in einer kleinen Schüssel separat und gibt sie unter ständigem Rühren tröpfchenweise in die Soße.

**Tip:** Sollte die Soße mal gerinnen, stellt man sie bei 100 °C 5 min in den Backofen und schlägt sie dann mit dem Schneebesen gut auf.

Guten Appetit!

**Monika Bußmann**

## Untervermietung: Berechtigtes Interesse Bedingung Wie Mieter selbst Vermieter werden

Es gibt viele Gründe, ein Zimmer oder auch die ganze Wohnung jemandem Dritten zu überlassen. Nach dem Gesetz benötigt der Mieter hierzu die Erlaubnis des Vermieters. Häufig besteht ein Anspruch auf diese Erlaubnis, aber bei unbedachtem Vorgehen heißt das Risiko: fristlose Kündigung.

Es sollten daher vor der Untervermietung einige Regeln beachtet werden, damit unnötiger Streß sowohl für UntervermieterIn als auch MieterIn vermieden wird.

**E**rlaubnisbedürftig ist jede Überlassung der Wohnung oder eines Teils davon an andere Personen, ganz gleich, ob Sie hierfür Untermiete verlangen oder nicht – mit folgenden Ausnahmen: Enge Familienangehörige, hierzu zählen Ehepartner, Kinder und Eltern, dürfen ohne Erlaubnis aufgenommen werden. Bereits Geschwister zählen zu den Personen, die nur mit Erlaubnis des Vermieters aufgenommen werden dürfen. Ob Lebenspartner Ehegatten gleichgestellt werden, ist von Gericht zu Gericht unterschiedlich; überwiegend wird von einer Erlaubnisbedürftigkeit ausgegangen.

### ■ Unterschiede in Zeit und Raum

Besuch darf beliebig oft empfangen und auch längere Zeit beherbergt werden, soweit kein Daueraufenthalt daraus wird. Im Einzelfall kann die Abgrenzung zur Untermiete schwierig sein. Die Wertung hängt nicht allein von der Dauer des Aufenthalts ab. So besteht schon vom ersten Tag an ein Untermietverhältnis, wenn der „Besuch“ mit Sack und Pack einzieht. Andererseits kann, je nach Anlaß, im Ausnahmefall ein Besuch auch mehrere Monate dauern.

Wenn nur ein Teil der Wohnung jemand anderem überlassen werden



Platz ist in der kleinsten Nische – doch bevor man sie zur Nutzung für die Untervermietung kuschelig herrichtet, heißt es: Regeln beachten.

soll, kann je nach den Umständen ein Anspruch auf die Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung bestehen. Soll aber die ganze Wohnung untervermietet werden, ist der Mieter auf das Wohlwollen des Vermieters angewiesen. Es gibt unter keinen Umständen einen gesetzlichen Anspruch auf Untervermietung der ganzen Wohnung. Das gilt auch bei Überlassung an Ehepartner oder Kinder. Um eine solche Gesamtüberlassung handelt es sich auch immer, wenn der letzte Hauptmieter aus einer Wohngemeinschaft auszieht.

### ■ Anspruch auf Erlaubnis

Der Vermieter muß die Erlaubnis zur Untervermietung erteilen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Es soll nur ein Teil der Wohnung untervermietet werden.

2. Der Mieter hat ein berechtigtes Interesse an der Gebrauchsüberlassung. Der Bundesgerichtshof läßt hierfür alle vernünftigen Gründe wirtschaftlicher und persönlicher Natur gelten, sofern sie nur den Wunsch auf Untervermietung nachvollziehbar erscheinen lassen.

3. Dieses berechtigte Interesse ist erst nach Abschluß des Mietvertrages entstanden. Wenn Sie also schon vor Mietbeginn wußten, daß die Wohnung für Sie allein zu groß oder zu

teuer ist, haben Sie keinen Anspruch auf Zustimmung zur Untervermietung.

4. Die Untervermietung muß für den Vermieter zumutbar sein. Praktisch kann der Vermieter die Erlaubnis hier nur in zwei Fällen verweigern: wenn die Wohnung überbelegt sein würde (Faustregel: maximal eine Person pro Zimmer) oder wenn der konkrete Untermieter als unzumutbar gilt. Hier müssen jedoch objektiv nachvollziehbare Gründe vorliegen.

Berechtigte Interessen liegen z. B. in folgenden Fällen vor:

\* Man will mit dem/der Lebenspartner/In zusammenwohnen. Das gilt uneingeschränkt auch für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

\* Die Einkommensverhältnisse haben sich verschlechtert, z. B. durch Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit oder Beginn einer Ausbildung.

\* Ein alleinerziehender Elternteil will eine weitere Person aufnehmen, um das Kind oder die Kinder gemeinsam zu betreuen.

\* Man hält sich vorübergehend im Ausland oder einer anderen Stadt auf, z. B. studien- oder arbeitsbedingt. Da man sich eine doppelte Mietzahlung nicht leisten kann, soll ein Teil der ständigen Wohnung hier untervermietet werden. In diesen Fällen gilt es, vorsichtig zu sein, da die Rechtsprechung hier nicht einheitlich ist und bei

ständiger Abwesenheit auch von einer faktischen Gesamtüberlassung der Wohnung ausgehen kann. Wichtig ist, daß wirklich nur ein Teil der Wohnung überlassen wird und der andere Teil vom Untermieter nicht mitgenutzt



Nur kein Theater ... ob ein oder mehrere Zimmer untervermietet werden sollen: Anspruch am besten schriftlich anmelden.

wird; bei einer 1-Zimmer-Wohnung scheidet die Untervermietung also von vornherein aus. Problematisch kann es je nach Gericht auch bei Abwesenheit von einem ganzen Jahr oder länger sein, wenn nicht wenigstens ab und zu zwischendurch der verbliebene Anteil der Wohnung genutzt wird.

■ Beantragung und Folgen

Der Anspruch auf Untermietererlaubnis besteht immer nur für eine bestimmte Person. Deshalb sollte in der Bitte um Erlaubnis die konkrete Person benannt werden, die einziehen soll. Außerdem sollte das Schreiben gleich die Gründe enthalten, warum man untervermieten will, damit der Vermieter das berechnete Interesse er-

kennen kann (s. Kasten). Für jede neue Untervermietung ist wieder eine neue Erlaubnis erforderlich, es sei denn, der Vermieter hat in der Vergangenheit eine generelle, personenunabhängige Untermietererlaubnis erteilt.

Bei frei finanzierten Wohnungen hat der Vermieter nur dann einen Anspruch auf einen Untermietzuschlag, wenn die Erlaubniserteilung sonst unzumutbar wäre. Dies trifft eigentlich nur für den Fall zu, daß die Vermieterin die Betriebskosten nicht umlegt und durch den Mehrverbrauch z. B. für Wasser und Abwasser stärker belastet wird. Die Höhe des Untermietzuschlags ist nicht gesetzlich festgelegt; mehr als 15 DM dürften wohl nicht als angemessen anzusehen sein.

Eine unerlaubte Untervermietung, auf die kein Anspruch besteht, kann zur fristlosen Kündigung durch den Vermieter führen. Voraussetzung ist allerdings die vorherige Abmahnung, d. h. der Vermieter fordert unter Setzung einer Frist dazu auf, die Untervermietung zu unterlassen. Nach neuerer Rechtsprechung kann auch dann gekündigt werden, wenn zwar ein berechtigtes Interesse besteht, der Vermieter aber nicht um Erlaubnis gebeten wurde. Dies bedeutet: in jedem Fall die Untermietererlaubnis beantragen!

Ulla Fahle

Verantwortlich für den Mietertip:  
Mieter/innenschutzverein  
Achtermannstr. 10  
48143 Münster

Musterbrief-Beispiele  
So beantragen Sie die  
Zustimmung zur  
Untervermietung

Einschreiben / Rückschein ...

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte ab ... ein Zimmer meiner Wohnung Herrn/Frau ... (Name, Geburtsdatum, Beruf) überlassen. Hierfür bitte ich um Ihre Erlaubnis.

Mein Interesse an der Überlassung ergibt sich aus folgenden Gründen:

Beispiel 1

Mein bisheriger Mitbewohner, Herr ... ist ausgezogen, so daß sich meine Mietkosten erheblich erhöht haben. Ich möchte mir diese Kosten weiterhin teilen und auch die bisherige gemeinsame Wohnform beibehalten.

Beispiel 2

Bei Herrn ... handelt es sich um meinen Lebensgefährten. Ich möchte ihn in die Wohnung aufnehmen, weil wir in Zukunft zusammen leben wollen.

Ich bin der Auffassung, daß ich aufgrund eines berechtigten Interesses einen Anspruch auf die Erlaubnis habe. Es wäre freundlich, wenn Sie mir bis zum ... Bescheid geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen ...



cuba kneipe cuba kneipe cuba kneipe

■ **Eheähnliche Gemeinschaft:  
Sperrzeit nach Kündigung**

Wer ein Beschäftigungsverhältnis kündigt, um zur Freundin umzuziehen, muß mit einer Sperrzeit rechnen. Das Gründen einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft allein ist kein wichtiger Grund, der eine Arbeitskündigung zu Lasten der Arbeitslosenversicherung rechtfertigt. **avo**

BSG, Az. B 11 AL 5/98 vom 5.11.98  
(in: Presseinfo des BSG)

■ **Verspätete Meldung beim Arbeitsamt:  
Säumniszeit bis zu 6 Wochen**

Das Arbeitsamt kann eine sechswöchige Säumniszeit wegen verspäteter Meldung auch verhängen, ohne daß der Arbeitslose vorher einen Bescheid über eine Säumniszeit von zwei Wochen erhalten hat. **avo**

BSG, Az. B 11 AL 29/98 vom 5.11.98  
(in: Presseinfo des BSG)

■ **Fortbildungskosten mindern  
Nebeneinkommen Arbeitsloser**

Wenn sich Arbeitslose im bisherigen Beruf fortbilden und dafür finanzielle Aufwendungen haben, können sie diese Kosten als Werbungskosten von Nebeneinnahmen abziehen. Damit wird weniger auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Voraussetzung ist, daß die Nebeneinnahmen im gleichen Beruf und zeitgleich mit der Fortbildung erzielt werden. **avo**

BSG, Az. B 11 AL 55/98 vom 21.1.99  
(in: Presseinfo des BSG)

■ **Mietkaution in Raten**

Mieter haben das Recht, die Mietkaution in drei Monatsraten zu zahlen. Die erste Rate ist fällig bei Beginn des Mietverhältnisses, nicht bei Vertragsabschluß. **avo**

LG München, Az. 7 O 15862/92  
(in: ötv-magazin 3/99)

■ **Drohen bei Scheidung folgenschwer**

Droht der verlassene Ehepartner dem Ex-Partner mit Anzeigen bei Arbeitgeber, Behörden oder Finanzamt, so kann er strafrechtlich belangt werden und außerdem seine Unterhaltsansprüche verlieren. **avo**

OLG Hamm, Az. 10 UF 13/96 vom 31.7.96  
(in: ötv-magazin 3/99)

■ **Bei Diskriminierung schnell klagen**

Will eine Frau gegen einen diskriminierenden Arbeitgeber klagen, muß sie spätestens nach zwei Monaten die Klage einreichen. Andernfalls verliert sie den Anspruch, selbst wenn sie grundsätzlich im Recht ist. **avo**

BAG, Az. 8 AZR 112/96  
(in: ötv-magazin 3/99)

■ **Sozialamt muß nicht zur Arbeit verhelfen**

Das Sozialamt soll zwar laut Sozialhilfegesetz für Hilfesuchende Arbeitsgelegenheiten schaffen, in geeigneten Fällen muß es auch einen Gesamtplan für die berufliche Eingliederung erstellen.

Ein Hilfesuchender hat jedoch keinen durchsetzungsfähigen Anspruch auf Schaffung einer Arbeitsgelegenheit oder auf Erstellung eines Eingliederungsplanes. Er kann nur eine stichhaltige Begründung verlangen, warum er nicht berücksichtigt wurde. **avo**

OVerwG Saarlouis, Az. 8 R 7/96 vom 27.2.98  
(in: NDV-RD 1/99)

ABKÜRZUNGEN: A-, Amts-; B(A)-, Bundes(arbeits)-; L-, Landes-; LG, Landgericht; O-, Ober-; -G(H), -gericht(s)hof); S-/S-, Sozial-, -sozial-; -V-, -verfassungs-; Verw-, -verwaltungs-.

■ **Keine Miete für schadstoffverseuchte Wohnung**

Überschreitet die Schadstoffkonzentration in einer Wohnung deutlich die gesetzlichen Grenzwerte, dann brauchen die Bewohner keine Miete zu zahlen. **avo**

LG Darmstadt, Az. 7 S 156/96  
(in: Ökohaushaus 4/98)

■ **Unordnung kein Kündigungsgrund**

Ob der Mieter Ordnung hält oder nicht, geht den Vermieter nichts an: Unordnung ist kein Grund für eine Kündigung. **avo**

AG Wiesbaden, Az. 92 C 5387/96 13  
(in: Ökohaushaus 1/99)

■ **Keine Parkettrenovierpflicht**

Mieter brauchen Parkettböden nicht zu renovieren. Eine entsprechende Klausel im Mietvertrag ist rechtswidrig, denn eine Parketterneuerung ist zu teuer für übliche Renovierungspflichten. **avo**

AG Gießen, Az. 48 MC 690/96  
(in: Ökohaushaus 1/98)

■ **Grunderwerbssteuerfreiheit für  
selbstgenutzten Wohnraum**

Selbstgenutzter Wohnraum bis zu einem Wert von etwa 600 000 DM ist von der Grunderwerbssteuer freizustellen. **avo**

Finanzgerichtshof Niedersachsen, Az. III 90/91  
(in: Ökohaushaus 1/98)

**Anmerkung:** Das Urteil ist nicht rechtskräftig, es liegt jetzt dem Bundesverfassungsgericht vor. Bis zum Entscheid wird die Grunderwerbssteuer weiter zu zahlen sein. Wer innerhalb von vier Wochen gegen den Steuerbescheid Einspruch einlegt, kann bei zukünftiger höchstrichterlicher Bestätigung die zuviel gezahlte Steuer zurück erhalten.

■ **Angemessene Unterkunftskosten auch ohne  
vorherige Inkenntnissetzung**

Die Aufwendungen für eine neue Unterkunft sind vom Träger der Sozialhilfe in angemessener Höhe zu übernehmen. Diese Verpflichtung des Sozialhilfeträgers besteht auch dann, wenn der Hilfesuchende dem Sozialamt die für den Wohnbedarf maßgeblichen Umstände nicht vor Abschluß des Vertrages mitgeteilt hat. **uli**

BVerwG, Az. 5 C 6.98 vom 1.10.98  
(in: NDV-RD 2/99)

■ **Mietminderung bei Baulärm**

Verursacht eine benachbarte Baustelle über einen Zeitraum von drei Monaten Lärm, so kann ein Mieter die Miete um mindestens 15% mindern. **avo**

AG Saarburg, Az. 5 C 498.98,  
5C 487.98

■ **Neue Kleidung für  
Wohnungslose in der Sozialhilfe**

Sozialämter sind nicht berechtigt, hilfebedürftigen Obdachlosen lediglich gebrauchte Kleidung zur Verfügung zu stellen, weil neue Textilien wegen ihrer größeren Beanspruchung gerade für Obdachlose wichtig sind. **avo**

AG Saarburg, Az. 5 C 498.98,  
5C 487.98

## ANWALTTIP

Von Wilhelm Achelpöbler, Rechtsanwalt

# Weiterhin verfügbar bei ideeller Tätigkeit Arbeitslosengeld für Tagesmütter

**K**irsten K. ist arbeitslos und bezieht Arbeitslosengeld. Das Geld ist knapp, deshalb übernimmt sie als Tagesmutter die Betreuung zweier Kinder. Sie erhält dafür jeweils 505 DM. Als sie dies pflichtgemäß dem Arbeitsamt mitteilt, wird ihr das Arbeitslosengeld gestrichen.

Die Behörde begründet: Sie sei jetzt nicht mehr arbeitslos und außerdem ja jeden Tag mit der Kinderbetreuung beschäftigt, so daß sie dem Arbeitsmarkt ohnehin nicht zur Verfügung stehe. In der Tat, von 7.30 bis 12.30 Uhr und von 14.30 bis 18.30 Uhr ist sie die Tagesmutter der beiden Kinder.

Kirsten K. ist trotzdem empört: Seinerzeit sagte ihr das Jugendamt, sie habe nichts zu befürchten, da es sich bei dem ohnehin geringen Entgelt nur um eine Aufwandsentschädigung handele. Sie legt Widerspruch ein und ist vor Gericht erfolgreich.

Trotz ihrer Tätigkeit als Tagesmutter sei sie weiterhin arbeitslos, urteilten die Richter beim Landessozialgericht (LSG) in Essen. Sie übe keine selbständige Tätigkeit aus, da sie als Tagesmutter nicht mit dem Ziel der Gewinnerzielung tätig sei. Sie betreue die Kinder aus ideellen Gründen, wofür sie auch kein Entgelt erhalte. Die 1010 DM pro Monat seien nur eine Aufwandsentschädigung, die den notwendigen Lebensbedarf der Kinder decke. Aus demselben Grund werde diese Aufwandsentschädigung ja auch nicht besteuert. Auch sei Tagesmutter Kirsten nicht Beschäftigte der Kindesmutter, denn sie übe ihre Tätigkeit in eigener Verantwortung aus.

Schließlich habe sie in ihrer Wohnung die Kinder betreut und sei an jedem Tag für das Arbeitsamt erreichbar gewesen. Sie stehe so dem Arbeitsmarkt, trotz der Übernahme der Kinderbetreuung, zur Verfügung, denn als ideelle Tätigkeit könne (und wolle) sie diese jederzeit aufgeben.

Die Entscheidung des LSG stärkt deutlich die Position von Tagesmüttern. Es wäre auch schwer verständlich, sie einerseits bei den Zahlungen des Jugendamtes darauf zu verweisen, es handele sich um eine ideelle Tätigkeit, weshalb leider nicht mehr gezahlt werden könne, andererseits beim Arbeitsamt dann mit der Begründung, sie sei selbständig, die Zahlung von Arbeitslosengeld zu verweigern.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat gegen die Entscheidung des LSG Essen Revision beim Bundessozialgericht eingelegt, so daß Kirsten jetzt in drei Instanzen stellvertretend für alle Tagesmütter ihre Rechte durchsetzen muß.

Allen Tagesmüttern, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben könnten, ist deshalb dringend zu raten, Anträge beim Arbeitsamt zu stellen. Sonst werden sie von dieser Rechtsprechung nicht profitieren können.

**sic**

Sozialhilfeberatung im euba

Achtermannstraße 10-12  
48143 Münster Telefon 588 56

Beratungszeiten  
Di.-Fr. 9-12 Uhr  
Do. 15-17 Uhr

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende  
Do. 10-12 Uhr

Sozialhilfe-Sorgentelefon  
Mo. und Mi. 15-17 Uhr Telefon 43544

## Geringfügig Beschäftigte müssen anders rechnen

# Neue Regeln für die 630-DM-Jobs

### 1. Sozialversicherungsbeiträge auch auf 630 DM-Jobs

Künftig muß auch auf geringfügige Einkommen ein Sozialversicherungsbeitrag gezahlt werden. Hier ist meist nur der Arbeitgeber dran. Soviel wie bisher als Pauschalsteuer, nämlich 22 % auf die Lohnsumme, zahlt er künftig an Kranken- und Rentenversicherung. Für privat Krankenversicherte, das sind Beamte, Selbständige sowie deren mitversicherte Angehörige, kann er den Krankenkassenanteil von 10 % sparen, dann sind nur 12 % für die Rentenkasse fällig.

Wollen die 630-Mark-JobberInnen etwas von diesen pauschalen Sozialversicherungsbeiträgen haben, dann können und müssen sie selbst noch 22,50 DM bis 47,25 DM pro Monat drauflegen. Damit bekommen sie einen kleinen Rentenanspruch. Dieser rettet meist nicht vor dem Verhungern, er kann aber die Beitragsjahre beisteuern, die etwa zu einer Erwerbsunfähigkeitsrente oder zu einer beruflichen Rehabilitation noch fehlen. Für Leistungen der Krankenversicherung erwirbt man keinen Anspruch.

Studenten werden künftig behandelt wie andere Beschäftigte auch.

Wer neben dem 630-DM-Job eine versicherungspflichtige Hauptbeschäftigung oder mehrere Nebenjobs mit zusammen über 630 DM ausübt, für den sind die ganz normalen Beiträge in die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung fällig. Das sind etwa 20 % des Lohnes jeweils für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wer Arbeitslosenunterstützung bezieht, zahlt bei unter 15 Stunden Nebenjob nicht in die Arbeitslosenversicherung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sparen jeweils 3,25 %. Ab 15 Stunden entfällt die Arbeitslosenunterstützung.

Der jeweilige Arbeitgeber hat die Beiträge abzuführen, also wird er nach einer Bescheinigung über weitere Beschäftigungen fragen, um seinen entsprechenden Pflichten nachkommen zu können.

Eine Ausnahme von der Versicherungspflicht gilt weiter: Wer nur saisonal bis zwei Monate im Jahr arbeitet, für den braucht der Arbeitgeber wie bisher keine Beiträge abführen.

### 2. Was ändert sich bei den Steuern?

Bisher bestand die Wahl zwischen Pauschalsteuer und Steuerkarte. Künf-

**Seit Jahren haben die geringfügigen Jobs immer weiter zugenommen: Knapp 6 Millionen gibt es davon mittlerweile, 1992 waren es 4,4 Millionen. Gleichzeitig ist die Zahl der normal versicherten Stellen um knapp 2 Millionen abgebaut worden. Jeder zehnte Erwerbstätige ist inzwischen zusätzlich geringfügig nebenbeschäftigt. Ab April greifen neue Regeln für Sozialversicherung und Besteuerung. Sie sollen auch die Entwicklung von „vollen“ hin zu kleinen Stellen bremsen.**



Kleinstellenparadies Handel und Dienstleistung: Umbau oder ungehinderte Blüte?

tig gibt es eine weitere Möglichkeit: Haben die geringfügig Beschäftigten in dem Jahr kein anderes steuerpflichtiges Einkommen, kann das Finanzamt dies in einer Freistellungsbescheinigung bestätigen. Dann brauchen die Arbeitgeber keine Steuer auf den Lohn abführen. Diese Bescheinigung kann man auch im Nachhinein erhalten, man bekommt dann die vorher auf Steuerkarte gezahlte Lohnsteuer zurück.

Wer neben dem 630-DM-Job Einkommen aus Unterhaltszahlungen, Kapitalvermögen, Vermietung oder aus weiteren 630-DM-Jobs erzielt, er-

hält diese Bescheinigung nicht und muß für die geringfügige Beschäftigung die normale Steuerkarte abgeben. Da fällt meistens keine Steuer oder aber ein nicht ganz so hoher Betrag an.

Wer jedoch ein Haupteinkommen oder einen weiteren 630-DM-Job hat und nebenher geringfügig arbeitet, zahlt künftig auf die zweite Steuerkarte nach Steuerklasse VI. Bei 630 DM werden etwa 150 Mark monatlich abgezogen. Im Lohnsteuerjahresausgleich kann dann die Steuer teilweise oder ganz zurückerstattet werden.

Die ebenfalls mögliche Pauschalsteuer werden die Arbeitgeber zusätzlich zur Sozialversicherungspauschale meist nicht selbst zahlen wollen, sie werden die Arbeitnehmer damit belasten, wie bei der Lohnsteuerkarte auch.

Manche Firmen haben angekündigt, geringfügige Stellen jetzt wieder umzuwandeln in reguläre Stellen. Wer nun statt des 630-DM-Jobs eine reguläre Stelle angeboten bekommt, mag sich freuen. Wer den bisherigen Zuverdienst verliert, ist im Nachteil.

Die konkreten Erfahrungen in der nächsten Zeit werden weiteres Licht in das Dunkel bringen. Man sollte sich nicht scheuen, bei den Finanzämtern oder Krankenversicherungen nachzufragen.

avo

**Veranstaltungstip:**  
Informationsabend  
zum Thema Nebenjob  
am 17.5., 20 Uhr, in der Sperre.

**KAI**  Kinderhauser  
Arbeitslosen  
Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von  
Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Vrbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr  
mittwochs 14.30 bis 17 Uhr  
donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr  
und nach Vereinbarung

☎ 26 36 89  
MOT-Treff Kotten  
Brüningheide 28  
48 159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative in der Kirchengemeinde St. Josef Kinderhaus, die eng mit anderen Einrichtungen im Stadtteil und im Stadtbezirk zusammenarbeitet.

Das Angebot der Sperre kann und soll wachsen. Z. B. mit netten Einkaufsideen zu günstigen Preisen!

Die Ideen entspringen den einzelnen Aktionskreisen und den Sperre-Mitarbeitern höchstselbst. Der Erlös dient zum einen der Deckung der eigenen Unkosten, zum anderen der Unterstützung unserer Arbeits- und Aktionskreise und des Arbeitslosenzentrums Sperre, z. B. für die Finanzierung zukünftiger Veranstaltungen. Für weitere Anregungen sind wir offen.

## KÄUFLICH

### 1. T-Shirt mit Aufdruck

4 Motive wie unter 2 a-d,  
Aufdruck in Schwarzweiß

Preis: T-Shirt weiß 19,90 DM  
-“- farbig 29,90 DM

### 2. Buttons mit 4 Motiven zum Anstecken

Durchmesser 6 cm, in Schwarzweiß  
Preis: Stück 2,00 DM

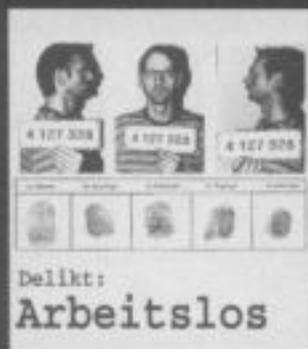
- Die Tonne lebt!
- Was lange gärt, wird endlich Wut!
- Arbeitslosigkeit prägt!
- Kein Job ist so hart wie keiner!

Größen S-XL, bitte angeben



NEU!  
NEU!

## KÄUFLICH DAS POSTER ZUR ZEITUNG



Mehr als 4 Millionen  
Untäter bereits erfasst

Das SPERRE-Poster hat die Farben Dunkelblau/Gelb, Maße: (70 · 100) cm<sup>2</sup>. Layout: UWE WIEDENSTRIED, Fotos: DIRK NÖTHNAGEL

### „ARBEITS-/LEBENS-/SINNLOS“

So lautete der Titel eines Plakatwettbewerbes, den der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit aus Bielefeld gemeinsam mit dem Institut für Arbeitnehmerbildung in Lage-Hörste ausgeschrieben hatte.

An diesem Wettbewerb beteiligten sich 143 GestalterInnen aus Deutschland, Österreich, Frankreich und der Schweiz mit insgesamt 233 Entwürfen. Auch die SPERRE war dabei.

Die 52 besten Plakate waren zunächst im Institut für Medien und Kunst in Lage-Hörste zu sehen. Seitdem gehen sie als Ausstellung auf Wanderschaft. Nach mehr als 20 Anfragen aus allen Bundesländern war sie jetzt auch in Münster (s. S. 13).

Zu bestellen sind: das SPERRE-Poster für 8 DM (bei Versand in der Rolle + 9,55 DM Porto und Verpackung); zum Sammeln und Schreiben das Postkartenbuch „Kein Job ist so hart wie keiner ...“ mit den 28 weiteren besten Arbeiten für 10 DM + Versand (Info, Bestellung: siehe Impressum, S. 3).

Ansehen und bewundern: Die realisierten elf Plakate (mit zwei 3er-Serien) sowie die Postkartenedition finden sich in allen landesgeförderten Arbeitslosenberatungsstellen und -zentren dank Unterstützung des NRW-Arbeits- und Sozialministeriums.

Alle Wettbewerbsergebnisse in voller Farbenpracht stehen im Internet unter [www.digitalvisions.de/kos](http://www.digitalvisions.de/kos).

Neues Gesetz regelt Abgaben bei Geringbeschäftigung

# 630-DM-Jobs in der Rentenversicherung

Am 19. März 1999 beschloß der Bundesrat das „Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse“. Es nahm damit seine letzte Hürde. Der Gesetzgeber hat die Sozialversicherungspflicht und in bestimmten Fällen die Besteuerung der geringfügigen Beschäftigung verändert. Die Neuregelung gilt ab 1. April 1999.

In Ost- und Westdeutschland gilt jetzt eine einheitliche Geringfügigkeitsobergrenze: 630 DM Verdienst im Monat. Sie wird künftig nicht mehr erhöht. Der Arbeitgeber muß bei solchen Beschäftigungsverhältnissen pauschal 12 % des Arbeitsentgelts an die Rentenversicherung (RV) und 10 % an die Krankenversicherung (KV) bezahlen.

### Wann wer was zahlt

Für kurzfristige Beschäftigungen, die zwei Monate oder höchstens 50 Arbeitstage im Jahr laufen, bleibt es beim bisherigen Recht. Unabhängig von der Höhe des Entgelts brauchen keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt zu werden.

Mehrere Arbeitnehmer-Tätigkeiten werden bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge zusammengefaßt. Wenn ein Arbeitnehmer z. B. mehrere geringfügige Beschäftigungen ausübt und das Arbeitsentgelt insgesamt die 630-DM-Grenze überschreitet, unterliegt das gesamte Arbeitsentgelt dem normalen Beitragspflicht. Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen dann für jede einzelne geringfügige Beschäftigung die üblichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge sowie möglicherweise auch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung je zur Hälfte tragen. Dies gilt ebenfalls für eine geringfügige Beschäftigung neben einem sozialversicherungspflichtigen Hauptberuf.

Ausnahme: Für nicht sozialversicherungspflichtige Beamte, Pensionäre, Selbständige oder Altersrentner gelten die Regelungen für Arbeitnehmer, die insgesamt nicht mehr als 630 DM monatlich verdienen.

Für Beschäftigte mit geringfügiger Alleinbeschäftigung muß der Arbeitgeber die oben angegebenen pauschalen Sozialversicherungsbeiträge (12 % zur RV und 10 % zur KV) abführen. Keine Krankenversicherungsbeiträge werden fällig für Personen, die weder Mitglied einer gesetzlichen Kranken-



Endlich Aussicht auf eine Rentenlösung für Kleinjobs, oder bleibt sie auf die lange Bank geschoben?

versicherung noch als Familienmitglied mitversichert sind.

### Leistungen der Rentenkasse

Aus den vom Arbeitgeber zu zahlenden Pauschalbeiträgen können sich für die/den Versicherte/n Rentenansprüche ergeben. Wird eine Beschäftigung mit einem Verdienst von 630 DM pro Monat ein Jahr lang ausgeübt, ergeben die Versicherungseinzahlungen derzeit einen monatlichen Rentenanspruch von 4,17 DM. Zudem werden 1,4 Monate für die Wartezeit berücksichtigt.

Um eine Regelaltersrente mit 65 Jahren zu erreichen, müssen Versicherte die Wartezeit von fünf Jahren erfüllen. Auf diese Wartezeit werden z. B. Zeiten der rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder auch Zeiten der Kindererziehung angerechnet.

Geringfügig Beschäftigten ist es möglich, durch Aufstockung des Arbeitgeberbeitrags zum vollwertigen Pflichtbeitrag Ansprüche auf das volle Leistungsspektrum der Rentenversicherung wie z. B. Rehabilitation, Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, vorgezogene Altersrenten zu erwerben. Die Höhe des Arbeitnehmerbeitrags beschränkt sich bei Arbeitsentgelten ab 300 DM auf eine Ergänzung des besonderen Arbeitgeberbeitrags für Geringverdiener; bei unter 300 DM Verdienst muß der Geringverdiener den Arbeitgeberanteil bis zu einem Mindestbeitrag erhöhen, der auf der Basis von 300 DM bemessen wird.

### Beispiele:

1) Bei einem Verdienst von 630 DM zahlt der Arbeitgeber 75,60 DM (12 % von 630 DM) und der Arbeitnehmer 47,25 DM (7,5 % von 630 DM).

2) Bei einem Verdienst von 300 DM zahlt der Arbeitgeber 36,00 DM (12 % von 300 DM) und der Arbeitnehmer 22,50 DM (7,5 % von 300 DM).

3) Bei einem Verdienst von 100 DM zahlt der Arbeitgeber 12,00 DM (12 % von 100 DM) und der Arbeitnehmer 46,50 DM (7,5 % von 100 DM + Differenz zum Mindestbeitrag von 58,50 DM).

Daraus ergibt sich nach einem Jahr ein monatlicher Rentenanspruch von 6,79 DM (Beispiel 1) bzw. 3,23 DM (Beispiele 2 u. 3); außerdem werden 12 Monate für die Wartezeit berücksichtigt.

Hans Kruse

## AbM & Sperre e.V. sucht:

Freie Mitarbeiter für die Bereiche

Redaktion

Fotografie

Kinder- u. Arbeitslosenprojekte

Weiterhin Praktikanten

für abwechslungsreiche Aufgaben

Aus Gründen finanziellen Mangels ist eine geldliche Entlohnung nicht möglich, wir bieten jedoch ein angenehmes familiäres Arbeitsklima.

Kontakt:

AbM e.V.

Tel. (02 51) 51 11 21

Achtermannstr. 7

48143 Münster

## Der Krieg im Kosovo Bomben für den Frieden?

Ein Riß geht durch unser Land. Und er geht oft genug durch jeden einzelnen von uns. Egal, wo er/sie politisch steht. Nur 60 Prozent der Bevölkerung in Westdeutschland und nur 40 Prozent in Ostdeutschland sind für die Luftangriffe der NATO. Von einer breiten Unterstützung kann also nicht die Rede sein. Ist der Krieg im Kosovo zu rechtfertigen? Hat der Westen zu spät und falsch reagiert? War Krieg überhaupt je eine Lösung? Stellvertretend für die ganze Gesellschaft diskutieren die Grünen die Zweifel und Ängste, die viele von uns haben. Während die Opposition schon über Neuwahlen spekuliert, erlaubt sich die grüne Partei eine Diskussion, die ihr an die Substanz geht. Aber sie ist bitter notwendig, wenn sich das 20. Jahrhundert, das uns zwei Weltkriege gebracht hat, nicht mit Bomben und Granaten verabschieden soll. Wir veröffentlichen hier auszugsweise zwei Meinungen aus Münster stellvertretend für viele. Sie beziehen sich auf die wöchentlich stattfindenden Demonstrationen auf dem Prinzipalmarkt. **noa**

Winni Nachtwei:

Stellungnahme zur Kundgebung „Gegen den NATO-Krieg um Kosovo“ am 10.4.99 in Münster

**E**rnsthafte und gute Argumente sprechen gegen die NATO-Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Das ist mir als Friedensbewegtem und langjährigem Kritiker von Vorstellungen militärischer „Friedens erzwingung“ sehr wohl bewußt. Deshalb enthielt ich mich bei dem entsprechenden Bundestagsbeschluss im Oktober der Stimme, sah aber im März die Luftangriffe angesichts eines drohenden zweiten Bosnien und der serbischen Blockadehaltung gegenüber einer politischen Lösung als alternativlos an. Der bleibende Zwiespalt vertiefte sich nach dem bisherigen Kriegsverlauf.

Von daher erwartete ich von der Kundgebung gegen den Kosovo-Krieg auf dem Prinzipalmarkt am letzten Samstag Argumente und Druck für eine friedliche Lösung. Doch ich erlebte eine bloße Anti-NATO-Veranstaltung, die an Einseitigkeit und Selbstgerechtigkeit kaum zu überbieten war. Die Redner markierten die NATO als alleinigen Kriegstreiber. Der verbrecherische Nationalismus des Milosevic-Regimes und seine mörderische Vertreibungspolitik wurden praktisch nicht erwähnt. Wie selten sonst auf einer „linken“ Protestkundgebung prägten Legalitätsargumente die Reden. Übergangen wurden dabei aber die bestehenden Lücken des Völkerrechts angesichts innerstaatlicher ethnischer „Säuberungen“ und die reale Blockade des UN-Sicherheitsrates. Wo sonst eher „Hoch die Internationale Solidarität“ gilt, stand nun die Untastbarkeit der staatlichen Souveränität im Vordergrund.

Die vorgetragene „Rechtstreue“ ging einher mit einem auffälligen Schweigen gegenüber dem Schicksal der im Kosovo terrorisierten und vertriebenen Albaner. Damit stellten sich die Kundgebungsredner außerhalb der Tradition der Friedensbewegung, die sich immer auch als Solidaritätsbewegung für bedrohte und verfolgte Menschen und Völkerverstand. ... Damit mehr politischer Druck gegen die militärische Eskalation und für eine friedliche Lösung entsteht, brauchen wir aber eine Debatte, die ehrlich die Dilemmata der verschiedenen Positionen anerkennt. Nur so werden Auswege aus der verfahrenen und äußerst gefährlichen Situation gefunden werden können.



Schwerer Gang für Deutschland mit der NATO: Über die Friedensstrategie wird heftig debattiert im Schatten von Münsters historischem Friedenssaal.

Foto: MOTHNAZEL

Münster, 17. April 1999

Offener Brief an Winni Nachtwei

Lieber Winni,

in deinem Leserbrief an die MZ vom 15.4. unterstellst du den Rednerinnen der Münsteraner Kundgebung vom 10.4. – und damit auch mir – „Einseitigkeit und Selbstgerechtigkeit“ und eine Parteilnahme für das Milosevic-Regime.

Als „Friedensbewegtem und langjährigem Kritiker von Vorstellungen „Militärischer Friedens erzwingung“, als den ich dich in vielen gemeinsamen Aktivitäten kennen- und schätzengelern

habe, solltest du jedoch in der Lage sein, das Maß an Differenziertheit, das du von anderen forderst, selbst aufzubringen. Was kann eine Antikriegskundgebung in diesen Zeiten des Krieges überhaupt leisten? Die Leiden der aus dem Kosovo vertriebenen und durch Zerstörung ihrer Dörfer entwurzelt, der geschundenen, traumatisierten Menschen, derer, die Familienangehörige und Freunde durch serbische Übergriffe verloren haben – all das ist nicht zu beschönigen. Es wird ja auch in epischer Breite, nur allzu oft noch dramatisiert durch Halb- und Unwahrheiten oder gar Propagandalügen, täglich von den Medien zelebriert. Ich habe es daher in der Tat nicht für sinnvoll gehalten, in meiner Rede bei der Kundgebung einen Schwerpunkt darauf zu legen. Daß ich die Menschenrechtsverletzungen in Kosovo allerdings negiert oder verschwiegen hätte, kannst du nur behaupten, wenn du mir nicht zugehört hast. Im Gegenteil: Meine Kritik an den NATO-Angriffen fußt maßgeblich auf der Erkenntnis, daß sie den Menschen in Kosovo nicht helfen, sondern ihre Lage noch verschlimmern und zur Stärkung und Stabilisierung des Milosevic-Regimes beitragen. ...

Besonders ulkig finde ich übrigens den Vorwurf der „Einseitigkeit“ gerade von deiner Seite, kommst du doch aus der friedenspolitischen Tradition einer Partei, zu deren Besonderheiten stets die Forderung nach einseitigen Abrüstungsschritten gehörte. ...

Du weißt, daß Friedensgruppen wie die DFG-VK seit langer Zeit auf die Unterdrückung der Kosovo-Bevölkerung ebenso aufmerksam gemacht haben wie auf ähnliche Zustände in Kurdistan oder im indonesisch besetzten Osttimor, während die Bundesregierung, ja auch die neue rot-grüne, z. B. für kosovo-albanische Asylbewerber in Deutschland keine Gruppenverfolgung im Herkunftsland erkennen wollte, die eine Abschiebung verhindert hätte. Auf diese und andere Widersprüche hinzuweisen, das ist unsere Aufgabe als Friedensbewegung – auch dann, wenn wir dabei alten Freundinnen und Freunden auf die Zehen treten müssen ...

Winni Nachtwei, MdB Bündnis 90/Die Grünen  
Mitglied des Verteidigungsausschusses

Mit freundlichen Grüßen  
Kathrin Vogler  
Bundessprecherin der DFG-VK

„Arbeitsurlaub“ dem Nachwuchs zuliebe:

Was ist möglich?

## Erziehungszeit, Erwerbslosigkeit und Wiedereinstieg

**Der Erziehungsurlaub soll junge Mütter und Väter, auch ohne Trauschein, ermutigen, bis zu drei Jahren aus dem Arbeitsprozeß auszusteigen und sich ihrem Baby zu widmen in der Sicherheit, nachher an den Arbeitsplatz zurückkehren zu können. Arbeitsvertrag und Krankenversicherung bleiben auch ohne Lohn bestehen. Erziehungsgeld in den ersten zwei Jahren soll ein finanzieller Anreiz sein, sich um das Kleinkind zu kümmern. Es wird nicht auf Sozialleistungen wie Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder Wohngeld angerechnet.**

Für Erziehungszwecke mal eine Zeitlang auszusteigen, das heißt heute bei Massenerwerbslosigkeit:

Man riskiert den Verlust des Arbeitsplatzes – wenn der nicht schon weg war vor der Geburt des neuen Glücks. Zur Orientierung können die folgenden Hinweise beitragen. Sie unterscheiden nach der Erwerbssituation.

### 1. Arbeitsvertrag bis zum Ende der Erziehungszeit, danach erwerbslos

Die Erziehungsurlauberin erhält in den ersten beiden Jahren Erziehungsgeld bis zu 600 DM pro Monat – sofern sie nicht oder höchstens 19 Stunden arbeitet und gemeinsam mit dem Partner nicht viel verdient. Für Alleinerziehende gibt es eine Ausnahme: Sie dürfen auch über 19 Stunden arbeiten gehen und trotzdem Erziehungsgeld beziehen.

Nach dem Erziehungsurlaub ist der berufliche Wiedereinstieg zu den alten Bedingungen möglich. Will die Wiedereinsteigerin jedoch weniger Stunden arbeiten, weil das Kind noch klein und nur halbtags im Kindergarten betreut ist, dann muß sie ihren Betrieb zu einer entsprechenden Änderung überreden. Nach heute geltenden Regeln muß der Betrieb ihren Teilzeitwunsch nicht erfüllen. Manche Frau kann dann nur kündigen und zum Arbeitsamt gehen. (Die rot-grüne Bundesregierung hat laut Koalitionsvertrag grundlegende Verbesserungen vor, so daß flexiblere Vereinbarungen für Erziehungszwecke Unterstützung erhalten.)

Hatte die Frau vor der Erziehungszeit mindestens ein Jahr gearbeitet, kann sie Arbeitslosengeld erhalten. Eine Sperrzeit wird sie wegen der Kündigung nicht kriegen, denn sie hat mit ihren Erziehungsaufgaben einen wichtigen Grund zur Kündigung, das Arbeitsamt zahlt also gleich. Aber: Sie



Keine Mattscheibe für Erziehungszeitwillige... wenn sie ihren unterschiedlichen Erwerbssituationen Rechnung tragen.

ist nur für Teilzeitstellen verfügbar und erhält entsprechend nur „Teilzeit-Arbeitslosengeld“.

### 2. Schon während der Erziehungszeit erwerbslos

Mit Baby wird eine Frau nicht mehr so einfach vermittelbar sein. Da fragt das Arbeitsamt: Wieviel können und wollen Sie jetzt arbeiten? Stehen Sie überhaupt für eine Arbeitsvermittlung zur Verfügung? Es gibt zwei Möglichkeiten.

#### 2.1 Während der Erziehungszeit nicht für Erwerbsarbeit verfügbar

Ist die Frau nicht für Arbeit verfügbar, dann erhält sie kein Geld vom Arbeitsamt. Sie kann Erziehungsgeld und Kindergeld erhalten. Das reicht aber nicht, also muß sie ihren Lebensunterhalt an anderer Stelle holen, z. B. beim Kindsvater, an der Börse oder beim Sozialamt.

Will die Frau wieder ins Berufsleben einsteigen und sich arbeitslos melden,

dann kann sie an ihren alten Anspruch auf Arbeitslosengeld anknüpfen, solange seit dem ersten Tag ihres Arbeitslosengeldes weniger als vier Jahre verstrichen sind. Hatte sie vor der Erziehungszeit Arbeitslosenhilfe bezogen, dann kann sie an den alten Anspruch anknüpfen, wenn seit dem letzten Tag mit Arbeitslosenhilfe weniger als drei Jahre verstrichen sind. Hatte sie vor dem 1.1.98 ein Jahr lang Erziehungsgeld, dann kann sie damit einen neuen Arbeitslosengeldanspruch erworben haben, wenn sie sich vor dem 1.1.2000 arbeitslos meldet.

Den Einstieg nach der Erziehungspause unterstützt das Arbeitsamt mit Qualifizierungsangeboten und mit Eingliederungszuschüssen. Es lohnt sich, danach zu fragen.

#### 2.2 In den ersten drei Lebensjahren des Kindes für Arbeit verfügbar

Wenn die erwerbslose, junge Mutter jedoch über 15 Stunden arbeiten will, dann kann sie Arbeitslosengeld oder -hilfe bekommen, auf Teilzeit- oder Vollzeitbasis, je nach der verfügbaren Zeit, die sie gegenüber dem Arbeitsamt vertreten kann.

Während des Bezuges von Arbeitslosengeld zahlt das Versorgungsamt kein Erziehungsgeld. Wer dagegen Arbeitslosenhilfe bezieht, kann gleichzeitig auch Erziehungsgeld beantragen – auch neben Vollzeit Arbeitslosenhilfe, die 19-Stunden-Grenze spielt bei Erwerbslosigkeit keine Rolle, erst bei Aufnahme einer Arbeit.

Wer wegen der Erziehungsarbeit die verfügbare Stundenzahl und entsprechend die Arbeitslosenunterstützung reduziert hatte, kann nach dem Ende dieser Einschränkung wieder auf den vorherigen Umfang hochgestuft werden.

### 3. Sozialhilfe beantragen

Möglicherweise reicht der jungen Mutter das Einkommen aus Teilzeitarbeit oder Arbeitslosenunterstützung,

## Neuregelung auch frauenfeindlich

**630-DM-Jobs**

Kommentiert von Anne Neugebauer

**Seit die Pläne der Bundesregierung zur Neuregelung der 630-DM-Jobs auf dem Tisch liegen, hagelt es Proteste von Frauen aus Politik, Gewerkschaften und Verbänden. Denn: Mit der seit April geltenden Regelung ist nichts gewonnen, zu dem alten Unrecht ist neues hinzugekommen.**

das Erziehungsgeld, das Kindergeld sowie der Beitrag des Partners nicht aus. Sie kann noch Wohngeld beantragen – wenn alles nicht reicht, ist sie auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen.

Das Sozialamt wird sagen, in der Sozialhilfe ist das so: In den ersten drei Lebensjahren ist der Kindsvater dran, für Sie und Ihr Kind zu zahlen. Wenn Sie da nichts oder nicht genug erhalten, dann springen wir ein. Aber unsere Sozialhilferegeln sind eng, verbrauchen Sie doch bitte erst Ihre freiwillige Altersvorsorge, Ihren Pkw und alles Sparvermögen, soweit die Summe daraus über 3 000 DM geht – das ist das Schonvermögen für eine Mutter mit einem Kind –, und dann kommen Sie wieder! Alle Einkommen außer Erziehungsgeld verrechnen wir mit Ihrem Sozialhilfeanspruch.

Zusätzlich zur laufenden Sozialhilfe unterstützt das Sozialamt mit einmaligen Leistungen für besondere Anschaffungen für den Familienzuwachs – übrigens auch dann, wenn keine Hilfe zum Lebensunterhalt beantragt ist.

Nach der Erziehungszeit gibt das Sozialamt mehr oder weniger sanften Druck, aber auch Zuschüsse zu beruflichen Bildungsmaßnahmen, damit die Frauen den Weg zurück in die Erwerbsarbeit finden. **avo**

#### Weitere Informationen geben zwei neue Broschüren:

- Alleinerziehende in Münster. Bildung, Beratung, Kontakte, Freizeit (Selbstdarstellung von Initiativen und Institutionen). Erscheint im Mai, der obenstehende Artikel ist ein Auszug daraus.

- Sozialhilferechtliche Ansprüche werdender Mütter, Wöchnerinnen und deren Kinder (4. Auflage), Hrsg: Caritas. – Ein umfassender und parteilicher Ratgeber, gehört ins Regal jeder Ratsuchenden und jeder BeraterIn.

#### Tag der Familie am 15. Mai

Infostand von **cuba** und **Sperre** in der Ludgeristraße an der Sparkasse.

**A**uch wenn jetzt Beiträge zur Sozialversicherung abgeführt werden müssen, so bleiben diese Mini-Jobs eine Armutsfalle für Frauen, da sie keine Ansprüche auf Leistungen erhalten. Eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen wird damit nicht im geringsten unterstützt, auch wenn aufgrund der Nachbesserungen den Frauen nun doch ein Rentenanspruch eingeräumt wird. Ganze sieben Mark pro Monat stehen ihnen danach zu. Anlässlich der Anhörung im Februar rechnete eine Expertin vor, daß eine Frau 150 Jahre für 630 DM monatlich arbeiten müsse, um eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu bekommen.

Dieses Beispiel wurde dann auch prompt in der Debatte seitens der CDU aufgegriffen und das Reformwerk insgesamt abgelehnt, aus Frauenfreundlichkeit jedoch sicher nicht. Bundesfrauenministerin Bergmann hielt dem entgegen, daß es nicht um die sieben Mark gehe, sondern darum, daß vollwertige Pflichtbeitragszeiten, also die volle Berücksichtigung bei der Wartezeit, bei der Rente nach Mindesteinkommen, bei der Rehabilitation und bei Erwerbsunfähigkeit und vorgezogener Altersgrenze erreicht werden könnten.

Die ungleiche Behandlung von verheirateten und nicht oder nicht mehr verheirateten Frauen wird breit abgelehnt. Wer neben einem regulären Job eine 630-DM-Stelle hat, muß beide Gehälter versteuern. Wer als „hinzuerdienende Ehefrau“ einen Mini-Job annimmt, geht steuerfrei aus. Damit

wird die Versorgung zementiert und das Ehegattensplitting für gutverdienende Ehemänner bleibt weiter attraktiv. Die Abschaffung des Ehegattensplittings wird auch in diesem Zusammenhang wieder von den Frauenverbänden gefordert.

Arbeitsminister Riester begründete die Steuerfreiheit der 630-DM-Jobs für verheiratete Arbeitnehmerinnen mit der Brückenfunktion dieser Beschäftigungsform. Nach seinen Angaben schafft ca. ein Drittel der geringfügig beschäftigten Frauen den Sprung in ein reguläres Arbeitsverhältnis. Ganz im Gegenteil dazu sehen Gewerkschafterinnen die Gefahr, daß die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse sich noch weiter ausdehnen. Dies sei vor allem in den neuen Bundesländern zu befürchten, da viele Teilzeitbeschäftigten unter 800 DM liegen.

Einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen durch Erwerbstätigkeit kommt die neue Bundesregierung keinen Schritt näher, diese Neuregelung zementiert alte Rollenklischees der Zuverdienerin.

Grundsätzlich halten Frauenverbände und Gewerkschaften die geringfügigkeitsgrenze für zu hoch. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) fordert die Einführung der Sozialversicherungspflicht „ab der ersten Stunde“, die Deutsche Angestelltengewerkschaft DAG ab 100 DM und der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB ab 200 DM. Das neue Gesetz, da sind sich alle Expertinnen einig, wird der Forderung nach sozialer Absicherung vor allem für Frauen in keiner Weise gerecht.

### Neue Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag  
10 - 13 Uhr  
14 - 18 Uhr

LILA LEEZE

Frauenfahradladen  
Dortmunderstr. 11 Tel. 66 57 61



# Aktionen und Informationen

Wie im vergangenen Jahr, als die „Jagodatage“ geboren wurden, ist das münsterische Bündnis gegen Sozialabbau weiter präsent. Jeweils zum Termin der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen und Arbeitsmarktdaten aus der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit ist es am Arbeitsamt Münster präsent (Bild links). Ob mit Informationen rund um Arbeitslosigkeit, Gesprächen oder „Arbeitsplätzchen“ zu heißem Kaffee: Flagge zeigen – auch für die, die sich (noch) nicht trauen – heißt die Devise.



**N**euere Aktive für das offene Bündnis sind erwünscht und willkommen, sie sollten bei den nächsten Bündnistreffen in der Sperte vorbeischaun (siehe AbM-Termine, S. 35).

Mit speziellen Aktionen macht das Bündnis gegen Sozialabbau immer wieder aufmerksam auf das soziale Thema Nummer eins: Massenarbeitslosigkeit. Und reicht das so mehr oder weniger zurecht. Weil anders es nicht (so) geht. Auch zum 1. Mai: Erwerbslose und Freunde treffen sich zum Tag der Arbeitslosigkeit (Bild rechts): Umwidmung des Tages zum April-Infostandort 9 Uhr 45 vor dem Arbeitsamt Walbbergraben. Von dort gehts mit Hornmalerer zum Prinzipalmarkt, wo bei 12 Uhr die TSG-Bundgebung ist. Um 11 Uhr vor dem Rathaus die Bündnistreffen. Das heißt: Licht ausstrahlen!

- Soziale Gerechtigkeit
- Arbeit für alle



Fotos (3): NOTHNAGEL



Die nächsten  
Jagodatage  
am 11. Juli



## EU- und Weltwirtschaftsgipfel im Juni in Köln Gruppen und Verbände mobilisieren gemeinsam zum „Gipfel stürmen!“

Nachdem bundesweite Bündnisse bereits drei Demonstrationen, drei Gegengipfel und ein Camp in Köln angemeldet haben, sind nun auch in anderen Städten die Vorbereitungen für eigene – auch örtliche – Aktivitäten angelaufen.

In Münster haben Aktive von Euromarsch und dem Institut für Theologie und Politik Koordinierungstreffen verschiedener Gruppen und Verbände initiiert. Die Formen und Motive der Kritik an den Gipfeln sind zum Teil recht unterschiedlich, von christlich bis linksradikal. Die Veranstaltungen und Aktionen werden jedoch in einem gemeinsamen Flyer veröffentlicht. Hierin stehen auch die Termine für die Fahrten nach Köln. Außerdem sind Kurzfassungen der bundesweiten Aufrufe – von Bündnis Köln 99, Linksradikales Bündnis gegen EU- und WW-Gipfel, Euromärsche und Schuldenerlaß-Kampagne – abgedruckt zu lesen.

Am 6. Mai, Beginn 20 Uhr, werden Werner Rätz vom Bündnis Köln 99 und Ralf Becker von der Schuldenerlaß-Kampagne „Erlaßjahr 2000“ im Internationalen Zentrum Die Brücke sein. Auf Einladung von Vamos wollen sie Gemeinsamkeiten und Differenzen sowie Ansätze zur Annäherung darstellen und diskutieren.

Geplant sind auch internationale Demo-Züge durch Münster. Am 26. Mai wird eine Marschgruppe der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus auf ihrer Route hier ankommen und übernachten. Zu den beiden Karawanen „Geld oder Leben“ und der der indischen Bäuerinnen und Bauern werden auch bald Informationen vorliegen.

Ralf Tieck

### Der Flyer und weitere Informationen sind erhältlich bei:

Euromarsch, Tel. 6 78 72 (Ralf)/  
Institut für Theologie und Politik,  
Graelstr. 9, Tel. 52 47 38/  
AStA der WWU, Schloßplatz 1,  
Tel. 83 21 532 (Sara).

**Bundesweite Kontaktadressen:**  
· Bü. Köln 99, Tel. (02 21) 52 47 38,  
E-Mail: koeln99@eu-g7.de  
· Linksradikales Anti-EU/WWG-  
Plenum Köln, c/o AStA der Uni,  
Tel. (02 21) 4 70-29 92  
· Kampagne Erlaßjahr 2000,  
c/o Südwind e. V. Siegburg,  
Tel. (0 22 41) 59 12 26

## Arbeitsförderung und Integration in Ennigerloh

# Horizonte

## Mit Einsatz für die Umwelt gegen Arbeitslosigkeit

In den rund 15 Jahren ihres Bestehens hat die Beschäftigungs- und Integrationsinitiative es geschafft, daß fast alle Haushalte im Ort nicht nur ihren Abfall sortieren, sondern daß die Bürger auch auf Abfallvermeidung achten. Durch die Straßensammlung werden Pappe, Papier, Glas und Metall schon vorsortiert eingesammelt und können in guter Reinheit der Wiederverwertung zugeführt werden.

Regelrechte Schätze für jede Altersgruppe hat der Verein in den Verkaufsräumen des Gewerbeparks in Ennigerloh zusammengetragen. Ganze Kücheneinrichtungen, Anbauwände, Schränke, Sitzgruppen und Schlafzimmer warten auf Kundschaft. In besonderer Weise helfen diese in der Regel noch sehr gut erhaltenen „Schätze“ Familien in finanziellen Notlagen. Fast alle Sozialämter im Kreis Warendorf schätzen deswegen Horizonte e. V. und pflegen gute Geschäftsbeziehungen für die betreuten Hilfeempfänger. Eigens eingerichtete Verkaufsbereiche beherbergen Kleidung, Gläser, Geschirr, verschiedenste Geräte. Nach Tausenden zählt das wohlsortierte Buchsortiment. Diesen Bereich betreut als ehrenamtlicher Helfer Jochen Göppert, ein auch im (ebenso ehrenamtlichen) Vorstand engagierter Mitarbeiter.

In einem abgeteilten Raum warten Holzgegenstände verschiedenster Art: Dekoteile, Spielzeug, Vogelnistkästen und vieles mehr kann man günstig erwerben. Alles ist in der hauseigenen Kreativwerkstatt bzw. Schreinerei aus Resthölzern hergestellt. Zahlreiche Kindergärten, Missionsausschüsse, aber auch kleine Geschäfte aus dem Kreis gehören inzwischen zu den Stammkunden für diese Kreativtelle.

Währenddessen wird draußen sortiert, was früher alles in den Müll ging. Rohstoffe wandern in große Container im Hof, Lkw um Lkw rollt mit solchen Mengen Ladung an, daß zwei Gabelstapler zum Einsatz kommen müssen. Als vor rund 15 Jahren die Profilia-Werke in Ennigerloh ihre Pforten schlossen, fanden sich einige Ar-

**Fast nur kleine Mülltonnen sind in Ennigerloh am Straßenrand zu sehen. Dafür stehen Kisten, Eimer und Körbe dort, mit fein säuberlich sortierten wiederverwertbaren Stoffen. Nicht die Müllabfuhr sammelt diese Stoffe ein, sondern der Verein Horizonte. Er beschäftigt rund 100 Menschen aus dem Kreis Warendorf, überwiegend aus Ennigerloh. Seine Angebote bedeuten für viele Männer und Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben.**

beitslose zusammen und sammelten Metall und Glas ein. Damals gab es noch gutes Geld für diese Rohstoffe. Die Männer und Frauen, die sich mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht abfinden wollten, bekamen einen Laster geschenkt – Auftakt für die erste regelmäßige Sammlung von wiederverwertbarem Material. Der Pfarrverband in Ennigerloh gründete dann den Verein Horizonte. Der damalige Pfarrer Clemens Sievert, heute noch als Beisitzer im Vorstand, hatte wesentlichen Anteil daran, daß die Arbeitsloseninitiative eine rechtliche und organisatorische Form bekam.

Auf dem ehemaligen Profilia-Gelände zog die Initiative mehrfach um, inzwischen in die endgültigen Arbeitsräume, hofft Geschäftsführerin und Diplom-Sozialarbeiterin Elisabeth Wiengarten. Nun ermöglichen das weiträumige Möbelverkaufslager, die gut eingerichtete Halle mit Schreinerei, die Kreativwerkstatt im Verwaltungsgebäude und geräumige Büros ein besseres und kontinuierliches Arbeiten.

Fester Mitarbeiterstamm sind die Geschäftsführerin mit Stellvertreterin, Betriebsleiter, Verwaltungsmitarbeiter, ein Diplom-Sozialarbeiter. Ebenfalls fest eingestellt sind im Entsorgungsbereich ein Vorarbeiter und vier Kraftfahrer. Alle anderen Mitarbeiter gehören verschiedenen Maßnahmen des Arbeitsamtes und der Kreisverwaltung Warendorf an. Viele fanden bisher ei-

nen festen Arbeitsplatz. Gerade Langzeitarbeitslose werden wieder an eine regelmäßige Tätigkeit gewöhnt und haben Chancen zur Wiedereingliederung. Umfangreich unterstützt dabei Dipom-Pädagogin Cornelia Korfmacher Bewerbungsbemühungen, auch bei psychischen und sozialen Schwierigkeiten ist sie gefragt. Das Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt und dem Kreissozialamt klappt nach Worten der Geschäftsführerin sehr gut. Teilweise über den direkten Kontakt zu Firmen, bei denen Material abgeholt wird, oder mit denen sonstige Geschäftsbeziehungen gepflegt werden, gelangen Mitarbeiter zu einem festen Arbeitsverhältnis.

Das Projekt finanziert sich aus verschiedensten Einnahmequellen und aus den Zuschüssen verschiedener Träger. Sehr wichtig ist die finanzielle Unterstützung durch das Bistum Münster, das in all den Jahren die Beschäftigungs- und Integrationsinitiative wohlwollend begleitet hat.

Ein neues interessantes Standbein hat Horizonte in jüngster Zeit durch Altkleidersammlungen und Fahrradcodieraktionen gewonnen. Die Altkleidersammlungen werden zusammen mit der Organisation Orga-tex, die im gesamten Bistum Münster tätig ist, erarbeitet. Fahrradcodierungen werden zur Diebstahlsicherung in Zusammenarbeit mit einem großen Versicherungsträger und der Kreispolizeibehörde Warendorf durchgeführt.

Es lohnt sich, dem Verein – inzwischen sicherlich eine der größten Einrichtungen dieser Art im Münsterland – einen Besuch abzustatten.

**Öffnungszeiten des Möbel- und Trödelagers:**  
Mo., Di., Do. 7.30–16 Uhr,  
Mi. bis 18 Uhr, Fr. bis 14 Uhr,  
Sa. 9–12 Uhr.

Bei Bedarf auch Gruppenführungen.

Vereine, Verbände oder Gruppen, die auf Kommissionsbasis für ihre eigenen Basare Holzgegenstände bei Horizonte e. V. abrufen möchten, können sich an Elisabeth Wiengarten wenden: Tel. (0 25 24) 93 39-0, Fax -26.

## Nur Dieckstraße 73-75 DIE MÖBELRAMPE

ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration von Nichtseßhaften, Haftentlassenen und Alkoholikern.

### Auch Sie können uns unterstützen

#### – durch Spenden

von Möbeln, Elektrogeräten, Trödel, Hausrat aller Art\*.

#### – durch Kauf

denn die Sachkosten, also Miete, Telefon, Material, Fahrzeugkosten usw. müssen wir selber aufbringen.

#### – durch Mitarbeit

wenn Sie Engagement und handwerkliches Geschick mitbringen.

\*Auch komplette Haushaltsauflösungen, z. B. im Todesfälle, werden von uns abgewickelt.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an.  
Wir stehen Ihnen gerne Rede und Antwort.  
Telefon: (02 51) 2 30 11 55

## Kinderhaus!

Auf unserem großen Spielgelände direkt am Wald kannst du turnen, toben, matschen, rutschen oder radfahren ...

Wir gehen zusammen zum Bauernhof oder ins Schwimmbad, tanzen und musizieren mit Claudia oder spielen und basteln im Haus.

Wenn du bald 3 Jahre alt wirst oder schon älter bist, komm doch einmal vorbei und schau dir mit deinen Eltern alles an.

Du findest uns am Ende der Kanalstraße, nahe bei der LVA und der Provinzial-Versicherung.



Kindergruppe  
Straßburger Weg  
Grevener Str. 403  
48159 Münster  
Tel. MS 21 7341



**K N E I P E**  
FRAUENSTR.  
24

DURCHGEHEND  
TÜRKISCHE KÜCHE  
AUCH ZUM MITNEHMEN!

MO-FR VON 9.30-1 UHR  
SA UND SO VON 12-1 UHR

## SCHWARZE WITWE e. V.

### AUTONOME FRAUFORSCHUNGSSTELLE



Achtermannstr. 10 - 12  
48143 Münster  
Tel.: 0251 / 511195  
Fax: 0251 / 518876

Öffnungszeiten: Mo. u. Do. 18-20 Uhr • Di. 11-13 Uhr • Mi. 14-16

Archiv • Bibliothek • Frauenforschung • Kultur • Internet



Immer klar, immer nah, immer da!

## Die Würde des Menschen ist antastbar Initiative zur Gründung einer Medizinischen Flüchtlingshilfe in Münster

Die Bedeutung diktatorisch-herrschender staatlicher Gewalt sowie der individuellen Zufügung wie Erfahrung von Leid waren durch die Erlebnisse im Dritten Reich vor 50 Jahren noch so lebendig, daß der Begriff der Menschenwürde mehr als ein Abstraktum war.

Viele Menschen hatten am eigenen Leib oder bei anderen schmerzlich erkennen müssen, daß und mit welcher fatalen Folgen die Würde des Menschen sehr wohl antastbar ist. Mit diesen Erfahrungen im Hintergrund dafür verpflichtete das Grundgesetz (GG) die neue Bundesrepublik Deutschland gleich in Art. 1 darauf, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Ausgrenzung und Rassismus sollten gesetzlich ausgeschlossen werden: Die Würde aller Menschen, nicht nur die ausgewählter Gruppen, wurde betont. Artikel 3.1 GG sieht vor dem Gesetz alle Menschen gleich.

**Das Gesundheitswesen muß für alle Menschen zugänglich sein, ihre Gleichbehandlung und die Abschaffung jeglicher Sondergesetze müssen im Vordergrund stehen. Bereits vor zwei Jahren setzte der Ausländerbeirat von Münster eine auf die Verhältnisse vor Ort bezogene Diskussion in Gang mit dem Ziel, eine Einrichtung zu schaffen, in der notleidende Menschen unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus medizinische und psychologische Versorgung erfahren. Seitdem trifft sich ein kontinuierlich tagender Kreis von Initiativen und engagierten Einzelpersonen, um die Gründung einer solchen Institution in Münster voranzutreiben.**

stungsgesetz (AsylbLG) unterstellt. Es sieht um 20-40 % gekürzte Leistungssätze vor für Asylsuchende und solche Flüchtlinge, die zwar nicht anerkannt, aber auch nicht ausgewiesen werden können.

Hier wird offensichtlich, daß der Gesetzgeber das Verständnis von der Würde des Menschen als universales Menschenrecht aufgegeben hat zugunsten einer Hierarchisierung der Menschen, die in Deutschland doch niemals mehr auch nur ansatzweise greifen sollte. Die rechtsradikalen Gewalttaten verstehen sich so nicht als die unverständlichen Auswüchse einzelner, sondern als die - für die Täter - fast logische Fortführung staatlicher Politik.

### Mangelnde Gesundheitsversorgung

Das AsylbLG brachte auch einen wesentlichen Eingriff in die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen. Ein Großteil von ihnen in Deutschland ist

Artikel 1, Abs. 1

Die Würde des Menschen ist antastbar.  
Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

aus dem Grundgesetz der BRD



### Geteilte Menschenwürde

Während der letzten Jahre hat sich das staatliche Bewußtsein gegenüber der Würde und Achtung aller Menschen jedoch deutlich verändert. Gleich sind nur noch diejenigen, für die keine Sondergesetze gelten, und auch die Klassifizierung zweierlei Menschenwürden hat seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden. So soll der Anspruch auf Sozialhilfe dazu dienen, eine „der Würde des Menschen“ entsprechende Lebensführung zu ermöglichen (Bundessozialhilfegesetz, BSHG, § 1.2). Diese Würde wird jedoch nicht den Menschen zugestanden, die in der Hoffnung auf Schutzgewährung nach Deutschland flohen. Sie werden in Sammelunterkünfte gequetscht, ihnen wird eine Arbeitsaufnahme ent-



Wenn Pflaster nicht mehr reichen: Nicht nur in der Zahnmedizin sieht das Asylbewerberleistungsgesetz drastische Beschränkungen für die Kostenübernahme vor.

weder verboten oder nur „nachrangig gewährt“. Eigenverantwortliche Lebensführung ist ihnen so unmöglich. Die daraus folgende Inanspruchnahme staatlicher Sozialleistungen legt man ihnen dahingehend aus, sie kämen nur aufgrund wirtschaftlicher Anreize. Um diesem „Mißbrauch“ vorzubeugen, wurden sie aus dem BSHG ausgegliedert und dem 1993 eigens für sie konzipierten Asylbewerberlei-

von einer gesundheitlichen Regelversorgung ausgeschlossen. Eine Kostenübernahme (zahn)ärztlicher Behandlungen darf nur noch im Falle akuter Erkrankungen und bei Schmerzzuständen erfolgen, eine „restriktive Handhabung“ dabei ist vorgesehen. Medizinisch nicht eindeutig indizierte Behandlungen begründen ebenso wenig einen Leistungsanspruch wie langfristige Behandlungen, die wegen

Fotos (2): NOTHNAGEL

der voraussichtlich nur kurzen Aufenthaltsdauer nicht abgeschlossen werden können. Die Entscheidungen der ÄrztInnen ihres Vertrauens können durch die kommunalen Gesundheitsämter überprüft und ggf. revidiert werden (§ 4.1 AsylbLG). – Die Würde des Menschen ist antastbar.

Dramatischer noch die Situation für die Menschen, denen ihre Schutzbedürftigkeit nicht geglaubt wurde. Sie haben kein Aufenthaltsrecht mehr in Deutschland, sie dürfen hier nicht sein und können auch nicht zurück. Wenn sie sich offiziell melden und ihre Anwesenheit hierdurch aktenkundig wird, zieht das die automatische Abschiebung nach sich. Selbst hinreichende Gesundheitsversorgung ist deshalb ausgeschlossen; es sei denn, es finden sich MedizinerInnen, die den Menschen gemäß ihres hippokratischen Eides auch ohne Aufenthaltsrecht und Kostenträger ärztlichen Beistand gewähren.

an entsprechende FachärztInnen weitergeleitet, die sich bereiterklärt haben, den betroffenen Personenkreis (kontingentiert) unentgeltlich zu behandeln. Falls die PatientInnen die deutsche Sprache nicht gut verstehen oder sprechen, wird zum Arzttermin eine Übersetzungsmöglichkeit organisiert. Somit haben Flüchtlinge in Not-situationen eine Anlaufstelle, wo sie nicht befürchten müssen, amtlich angezeigt zu werden, und die gleichzeitig eine kompetente medizinische Behandlung bietet.

Diese Form der Hilfe darf jedoch nicht ein medizinisches Zwei-Klassen-System fördern. Vielmehr soll die flankierende politische Arbeit immer wieder darauf hinweisen, daß keine Nischenbehandlung für Illegalisierte, sondern eine Veränderung der gesellschaftlichen und gesetzlichen Situation erforderlich ist.

In Münster soll Anfang Mai unter der Schirmherrschaft des Ausländer-

Wir würden uns freuen, wenn die münstersche Öffentlichkeit ein deutliches Signal setzt, nach dem die Achtung der Menschenwürde nicht nur für Deutsche, sondern für alle Menschen gilt.

**Renate Dieregsweiler**  
Gemeinnützige Gesellschaft zur  
Unterstützung Asylsuchender e.V.  
GGUA  
Grevener Str. 89, 48159 Münster  
Tel. 92 51 67

#### Veranstaltung zum Thema

Am 29. Mai '99 findet die Tagung „Menschenrechtspolitik in der Stadt Münster“ statt. Das Forum 2 „Behandlungszentrum für Folteropfer und Gesundheitsversorgung für illegalisierte Flüchtlinge“ leiten die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender und der Ausländerbeirat von Münster.



Eine Anlaufstelle mit Vertrauensgarantie für Flüchtlinge in Notsituationen – Ziel der Initiative für die Medizinische Flüchtlingshilfe.

Eine solche Hilfe aber ist immer zufällig und somit auch beliebig. In Bochum und Berlin war diese Situation Anlaß, jenseits individueller Hilfen und gesetzlicher Bestimmungen eine organisierte Form der medizinischen Flüchtlingshilfe zu gründen. Sie besteht aus einer ärztlichen Sprechstunde, die PatientInnen aufsuchen können, ohne ihre Anonymität aufgeben zu müssen. Von hier aus werden sie

beirates eine Veranstaltung stattfinden, in der die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten vorgestellt, diskutiert und vorangebracht werden sollen. Wir möchten sowohl Personen aus dem medizinischen als auch aus dem politischen Spektrum auffordern, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen und die Diskussion durch ihr Interesse und ihre fachliche Kompetenz zu bereichern.

### AbM & Sperre e.V. sucht:

Freie Mitarbeiter für die Bereiche

**Redaktion  
Fotografie  
Kinder u. Arbeitslosenprojekte**

Weiterhin **Praktikanten**  
für abwechslungsreiche Aufgaben

Aus Gründen finanziellen Mangels ist eine geldliche Entlohnung nicht möglich, wir bieten jedoch ein angenehmes familiäres Arbeitsklima.

Kontakt: AbM e. V.  
Tel. (02 51) 51 11 21  
Achtermannstr. 7  
48143 Münster

# HAUS DER FAMILIE unterstützt den „Vorläufigen“ MÜNSTER-PASS

Wie sieht das Angebot im Haus der Familie aus?

Vor rund 40 Jahren – nach dem Krieg – war das Haus gegründet worden, um Frauen für ihre Familientätigkeit zu befähigen. Bis heute hat es sich erheblich verändert, denn wir heißen alle, die an Familien mitwirken, in unserem Hause als TeilnehmerInnen willkommen. Bei uns können alle InteressentInnen lernen, wie der Name unseres Hauses auch sagt, was für den Familien- und Lebensalltag wichtig ist. Im Jahr kommen etwa 11 000 TeilnehmerInnen, um in ca. 17 000 Unterrichtsstunden freiwillig mit Spaß zu lernen.

Familienbildung heißt jedoch keine Eingrenzung. Wir bieten auch etwas für Menschen, die alleine sind, so z. B. eine Wochenendveranstaltung „Allein, aber nicht einsam“. Menschen mit ähnlichen Lebensfragen bringen wir in Kontakt miteinander und bieten Ihnen die Möglichkeit, wieder Boden unter den Füßen zu gewinnen. Doch in unserem Haus gibt es auch Kurse zum Erwerb von Grundkenntnissen in EDV, Internet oder Fremdsprachen. Unser Schwerpunkt liegt bei den Eltern-Kind-Angeboten: bei Geburtsvorbereitungskursen, in der Familienunterstützung z. B. für Großeltern und ihre Enkelkinder, für Väter und alle Erwachsenen, die dauerhaft mit Kindern leben und für sie sorgen. Zusätzliches bieten wir in den Bereichen Kreativität, Politik, Gesellschaft und Gesundheit an.

Wir haben 16 Beschäftigte, acht MitarbeiterInnen teilen sich unsere sechs Pädagogen-Stellen; in der Verwaltung arbeiten drei Vollbeschäftigte und drei halbe Arbeitskräfte sind im technischen Bereich eingesetzt. Neben den Hauptamtlichen haben wir noch 240 Honorarkräfte, überwiegend Frauen und meistens in der Familienphase. Diese qualifizierten Fachkräfte halten das Kursangebot vor. Das Honorar ermöglicht einen Zuverdienst, jedoch nicht die Bestreitung des Lebensunterhaltes, da es zwischen 22,50 bis 25,00 DM pro Unterrichtsstunde liegt.

Seit Juni '98 ist er amtlich: Der „Städtische“ MÜNSTER-PASS. BürgerInnen und AsylbewerberInnen, die regelmäßig Leistungen vom Sozialamt beziehen, bietet er Vergünstigungen für städtische Busse und Einrichtungen. Weiterhin gibt es den „Vorläufigen“ MÜNSTER-PASS der Arbeitslosen Initiativen. Er schließt andere Geringverdienende mit ein: Sie alle haben Anspruch auf Ermäßigungen zum Beispiel bei Sport und Spiel, Kino und Theater. Seit 1986 vergrößert sich der Unterstützerkreis ständig, Vereine, Kultur- und Bildungsanbieter sind dabei. Diesmal sprach die Sperre mit Dorothea Große-Frintrop, die das Haus der Familie Weiterbildungszentrum leitet.



Schon seit geraumer Zeit versuchen wir, auch Langzeitarbeitslose über das Programm Arbeit statt Sozialhilfe beruflich wieder einzugliedern. Früher gab es in unserem Hause eine Arbeitsloseninitiative, die leider im Rahmen der Weiterbildung nicht gehalten werden konnte. Das vorrangige Interesse der arbeitslosen Menschen war der soziale Kontakt, Bildung war dem nachgeordnet. Jedoch haben wir als Alternative eine kirchliche Arbeitsloseninitiative gegründet, zunächst in Trägerschaft des Sozialdienstes katholischer Männer. Nachdem auch das aus formalen Gründen nicht aufrechterhalten bleiben konnte, waren wir an der Entwicklung der jetzigen Arbeits-

losen-Initiative KAI in Kinderhaus beteiligt. So bieten wir heute in Zusammenarbeit mit KAI einen Sprachkurs für AussiedlerInnen an als auch einen Gesprächskreis, in dem arbeitslose Frauen neue Perspektiven erarbeiten.

Welche Ermäßigungen gibt es?

Menschen, die in bestimmten Krisensituationen leben, können eine Ermäßigung erhalten, wenn sie uns eine dafür vorgesehene Karte entsprechend ausfüllen. Es gibt dann eine Ermäßigung von 30 % der Kursgebühr, maximal 30 DM. Dieser Prozentsatz kann sich ändern, wenn auch entsprechende Zuschüsse sich verringern oder wenn immer mehr Menschen diesen Zuschuß in Anspruch nehmen möchten. Die dafür vorgesehenen Gelder für Menschen in besonderen Problemsituationen reichen bei weitem nicht aus. Ein ganz besonderer Service unseres Hauses ist, daß Eltern mit Kindern kostenlos die Kinderbetreuung während des Kursbesuches in Anspruch nehmen können. Wir erbitten lediglich eine Schutzgebühr in Höhe von 1 DM. Das ist einmalig in Münster.

Die Kosten, die in unserem Haus entstehen, decken wir über folgende Einnahmen: Teilnehmergebühren (30 %), Landesmittel (27 %), städtische Gelder (9 %), und die Restmittel erbringt ganz allein die katholische Kirche. Als eigenständiger kirchlicher Verein werden wir darüber hinaus für ganz spezielle Anliegen unterstützt.

Erkennen Sie den „Vorläufigen“ MÜNSTER-PASS an?

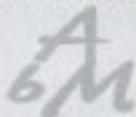
Ich finde es gut, daß es ihn gibt. Ich fände es besser, daß die Leute soviel Einkommen hätten, daß sie ihn nicht bräuchten.

Wir geben in jedem Fall für Arbeitslose wie für Sozialhilfeempfänger, Familien mit drei oder mehr Kindern, Aussiedler, Suchtkranke, vom Strafvollzug Betroffene zur Zeit 30 % Ermäßigung, maximal 30DM. Extra Bescheinigungen brauchen nicht vorgelegt werden.

■ ■ ■

**Gewinnerin 1/99**

Des Rätsels Lösung: Wuppertal besuchte diesmal im Verein mit dem nötigen Quentchen Glück **Marlies Ringel** aus **Münster** den Gewinn. Sie ist ein Jahr kostenfrei Mitglied im Turn- und Sportverein TuS Hilstrup 1930. **Herzlichen Glückwunsch.**



**ARBEITSLOSE  
BRAUCHEN  
MEDIEN e.v.**

**Der Preis**

Zu gewinnen gibt es einen Aktivprogramm-gutschein im Wert von **100 DM** für frei wählbare Angebote des Haus der Familie in Münster.

**Einsendeschluß: 9. JUNI 1999**

In die Verlosung kommen alle Teilnehmer/innen, die uns bis zu diesem Datum per Telefon (511121), per Fax (47914) oder per Post die richtige Antwort mitgeteilt haben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Vielen Dank an Haus der Familie Münster e. V. - Weiterbildungszentrum für die freundliche Preisspende.

**Das neue Rätsel**

**Unsere Frage: Wer ist damit gemeint?**

Er kam aus der Tonne, wurde berühmt in Hollywood und genießt nun seinen Lebensabend als Weinbauer. Nicht ganz auf der richtigen Schiene liefe die Suche noch einer multiplen Persönlichkeit der „schwarzen Serie“.

Das Lösungswort ergibt sich aus den umrandeten Feldern von oben nach unten gelesen. Alle Fragen beziehen sich auf Artikel dieser Ausgabe.

Viel Vergnügen und viel Glück!

Umlaute als zwei Buchstaben: ee, oo, ue

(Anti)Heldenhafte Stellensuche: Jung, dynamisch, ...

-----  -----

Mutter, Vater, Kind und mehr: Bildungs-Gebäude für deren Gemeinschaft unterstützt den „Vorläufigen“ MÜNSTER-PASS

-----  -----

Für Gegner ein Aprilscherz, die Gesetzesneuregelung dieser Kleinkommensstelle (Rechenhilfe: 316,817 Euro)

----- -  - -----

Käfermonat – sein erster wurde Symbol nicht der New-Beetle-, sondern der Arbeiterbewegung

-----  -----

Der, dem der Mieter auch Vermieter ist – in beider Wohnung

-----  -----

**AKTION**

**RÄTSELANTWORT**

Mein Lösungswort für Ausgabe 2/99 lautet

Überzeugt! Ich möchte die Arbeit unterstützen und...

- Fördermitglied werden. Mein Jahresbeitrag: DM 20,- bzw.
- Will außer fördern auch lesen und SPERRE-Förderabonnent werden.  
Sechs Ausgaben pro Jahr, macht incl. Porto DM 35,-

Plus Spende von DM \_\_\_\_\_,-

Aktiv mitarbeiten

**Steuerabzugsfähigkeit:** Für Spenden stellen wir selbstverständlich eine Bescheinigung aus ( bei Scheck/Überweisung bitte Adresse vermerken)

- Moment! Ich möchte mehr über die Arbeit wissen und...
- Bitte um Kontakt und eine/-n Ansprechpartner/-in

Bitte Anschrift angeben!

Name  
Straße  
PLZ, Ort  
Telefon/-fax

An  
**ARBEITSLOSE  
BRAUCHEN  
MEDIEN e.v.**

**Achtermannstr. 7  
48143 Münster**

## Stellensuche von Helden und Antihelden

# GIGANTISCHES TÄUSCHUNGSMANÖVER

Für ihren Typ der Anleitung zur Arbeitsplatzsuche haben Ermen und Maurice nach dem Muster „klassischer“ Bewerbungsratgeber spezielle Tips von der Stellensuche über die schriftliche Bewerbung, das Verfassen des Lebenslaufes bis hin zum Vorstellungsgespräch zusammengetragen. Romanhelden wie Erich Kästners „Fabian“, Thomas Manns „Felix Krull“ oder Spud und Renton aus Irvine Welsh's „Trainspotting“ geben Einblicke in die Erfahrungswelten verschiedenster Arbeitssuchender im Verlauf des 20. Jahrhunderts. Auch Größen wie Kurt Tucholsky, Karl Valentin oder Charles Bukowski stellen ihre Erfahrungen zur Verfügung.

### Kleine menschliche Tricks

Dabei geht es natürlich nicht darum, wie man mit Powersatz im Hinterkopf und neuro-linguistisch programmiert seinem zukünftigen Arbeitgeber entgegentritt, sondern um die kleinen menschlichen Tricks, die die Portion Glück, die man bei der Stellensuche braucht, wirkungsvoll ergänzen. Denn wie schon Irmgard Keun in ihrem Roman „Gölgi“ bemerkte: „Können allein entscheidet nicht, Mätzchen allein entscheiden nicht – beides zusammen entscheidet meistens.“

Das Büchlein ist insgesamt ganz amüsant zu lesen, man vermisst jedoch wirkliche Highlights. Fast jeder, der schon einmal auf Jobsuche war, wird sich in dem einen oder anderen Beitrag wiedererkennen können und diesen mit einem Schmunzeln quittieren. Schließlich ist dieser Bewerbungsratgeber eine Auseinandersetzung mit einem alten und doch immer wieder aktuellen Thema, und er kommt demselben mit Ironie auf die Schliche.

### Hunger trotz Bewußtseinsbildung

Aus den unterschiedlichen Beiträgen wird klar, welchen Stellenwert Arbeit für die individuellen Personen hat, und sie führen gleichzeitig den gesellschaftlichen Stellenwert von Arbeit zu unterschiedlichen Zeiten vor Augen. Trotz des beinahe spielerischen Umgangs mit dem Thema Arbeitsplatzsuche entbehren viele Beiträge nicht einer gewissen Melancholie. Aber Arbeitslosigkeit war und ist halt kein wahrer Grund zur Freude – allenfallslosigkeit nicht als persönliche Schuld

**Das schier unglaubliche Angebot an Bewerbungsratgebern wird seit einiger Zeit durch ein Buch ergänzt, das alternative Strategien im Bewerbungsmarathon aufzeigt: „Jung, dynamisch, erfolglos“ lautet der Titel der von Ilse Ermen und Florence Maurice herausgegebenen Anthologie. Diese Strategien wurden getestet von mehr oder weniger bekannten Figuren der Weltliteratur und zeigen, daß die Taktiken bei der Stellensuche seit rund 100 Jahren ziemlich ähnlich sind, wenn auch unter wechselnden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.**

einer zur Entwicklung eines gesunden Galgenhumors.

Die Herausgeberinnen betonen in ihrem Nachwort die Wichtigkeit, die individuelle Lage im Falle der Arbeits

zu sehen. Und die Wichtigkeit, „das gigantische Täuschungsmanöver zu durchschauen, das den heutigen Arbeitsmarkt beherrscht“. Gleichzeitig müssen sie jedoch eingestehen, daß Bewußtseinsbildung noch niemanden satt gemacht hat.

Nicola Terhoeven

**Rosta**  
**BUCHLADEN**  
Aegidiistr. 12, 48143 Münster,  
Tel.: 02 51/4 49 26

Ilse Ermen und Florence Maurice (Hg.):  
*Jung, dynamisch, erfolglos.*  
Ein literarischer Bewerbungsratgeber.  
Reclam Verlag, Leipzig, 19 DM





# Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Achtermannstr. 7 · 48143 Münster  
Tel. 51 11 21 · Fax 4 79 14

**Allg. Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 10.00–16.00**

## Termine:

Mo.	Arbeitslosen-Stammtisch (2. Mo. monatl.)	20.00–22.00
Di.	Frühstück (1. Di. monatl.) Bündnis gegen Sozialabbau Fotogruppe	10.00–12.00 12.00–14.00 19.00–21.00
Mi.	<b>Treff für arbeitslose Frauen ab 26.05.99</b> Redaktionssitzung Mac-Start – Einführung mit Workshop für -Macintosh-AnwenderInnen (ab 3.3.)	09.30–11.00 13.00–15.00 20.00–22.00 (ab 3.3.)
Do.	Treffen für Interessierte, freie MitarbeiterInnen, PraktikantInnen Arbeitskreis Markt (1. Do. monatl.)	12.00–14.00 20.00–22.00
Fr.	Kindergruppe	15.15–16.45

## Weitere Termine nach Vereinbarung.

Die Sendung zum Thema:

„W.A.S. – Wohnen, Arbeit, Soziales“

auf RADIO ANTENNE MÜNSTER jeden 4. Donnerstag im Monat  
von 19.04–19.56 Uhr.



## Sozialberatungen im *cuba*

Achtermannstr. 10–12  
48143 Münster

Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen Tel. 51 19 29	Mi.	10.00–12.00 Uhr u. nach Vereinbarung
Arbeitslosenberatung Allgemeine Öffnungszeiten:	Mo.-Fr. Mo. u. Do. Di. u. Mi.	09.00–13.00 Uhr 14.00–18.00 Uhr 14.00–16.00 Uhr
Einzelberatungen ... speziell für Langzeitarbeitslose Tel. 51 19 29 und 5 81 75	Mo. u. Do. Di. u. Do.	15.00–17.00 Uhr 09.00–12.00 Uhr u. nach Vereinbarung
Rat + Tat, individuelle Beratung zur beruflichen Wiedereingliederung Tel. 51 88 80	Di. bis Fr.	nur nach Vereinbarung
sic – Sozialhilfeberatung im <i>cuba</i> Tel. 5 88 56	Di. bis Fr. Do.	09.00–12.00 Uhr 15.00–17.00 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende Tel. 5 88 56	Do.	9.00–12.00 Uhr u. nach Vereinbarung
Sozialhilfesorgentelefon Tel. 4 35 44	Mo. u. Mi.	15.00–17.00 Uhr

## Wir suchen freie MitarbeiterInnen & PraktikantInnen

für  
**Redaktion**

– Text, Fotografie, Layout –  
**Anzeigenakquise**  
– auf Provisionsbasis –

## Arbeitslosenzentrumsarbeit und was sonst alles so anfällt.

Ohne Berufspraxis endet der Absprung ins Arbeitsleben allzu oft im kalten Wasser der Arbeitslosigkeit.

Das muß nicht sein.

In der SPERRE können angehende und zukünftige JournalistInnen ihre ersten Schwimmversuche machen.

Und nicht nur die:

Studierende der Sozialpädagogik, Sozialarbeit etc. können bei uns ihr Praktikum machen.

Denn die SPERRE ist nicht nur Münsters Zeitschrift für Menschen mit und ohne Arbeit, sondern auch ein Arbeitslosenzentrum, in dem es alle Hände voll zu tun gibt.

Leider nur ausnahmsweise auch materiell vergütet.

☎ (0251) 51 11 21

## KEIN STILLSTAND OHNE STELLE

### Stammtisch für Arbeitslose und Interessierte

– Austausch von  
Ansichten, Anregungen, Auswegen –

Jeden 2. Montag im Monat ab 20 Uhr

#### Kontakt:

Maria Hamers  
Arbeitslose brauchen Medien e. V.  
Achtermannstraße 7  
48143 Münster  
Tel. 51 11 21

### NEU Treff für arbeitslose Frauen NEU

Erfahrungsaustausch

Jeden Mittwoch 9.30–11.00 ab dem 26. Mai

#### Kontakt:

Christa Strickmann  
Arbeitslose brauchen Medien e. V.  
Achtermannstraße 7  
48143 Münster  
Tel. 51 11 21, mo. 11.00–13.00 Uhr

im SPERRE-Keller gegenüber vom *cuba*.

Eigene Aktien steigen lassen!

## IDEENBÖRSE Wille – Weg – Ziel

Für ExistenzgründerInnen auch ohne Kapitalpolster. Jeden Dienstag, 14–16 Uhr, im PHÖNIX-Gründerzentrum, Hafenweg 15, Münster • Info-Telefon: (02 51) 60 95 90, Norbert Attermeyer.



## NEUES HANDELN. FÜR UNSER LAND.

### 1. Mai in Münster:

10.00 Uhr

**Demonstration** (ab DGB-Haus)

11.00 Uhr

**Kundgebung** (Prinzipalmarkt)

mit Beiträgen von:

**Josef Hülsdünker**

(DGB Kreisvorsitzender)

**Marion Tüns**

(Oberbürgermeisterin)

**Siegfried Bleicher**

(Vorstandsmitglied der IG Metall)

Außerdem:

Trommelgruppe „Sambapathie“

### 30. April in Münster:

**Fest der Gewerkschaften**

Beginn 20.00 Uhr

**Theatercafe**

mit „Honest John's Disco“

**DGB**

50 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund:

**Mitgestalten. Mitbestimmen. Mitverantworten.**

1. MAI 1999